

Beschluss (vorläufig) Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 14.02.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 4 des Landeswahlprogramms (Gleichstellung, Antidiskriminierung, Geflüchtete, Queeres, Inklusion, Rechtsextremismus, Kultur, Medien, Religion, Demokratie)

1 Berlin ist eine Stadt, in der Freiheit, Vielfalt und Solidarität zu Hause sind. Hier
2 begegnen sich Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedener Religionen, Identitäten
3 und Lebensweisen und prägen gemeinsam das Bild unserer Stadt. Für uns Bündnisgrüne ist
4 Berlin ein Versprechen: dass jede*r hier selbstbestimmt leben, sich entfalten und
5 mitgestalten kann. Wir Bündnisgrüne wollen, dass dieses Versprechen wieder eingelöst wird –
6 mit einer Politik, die Menschen befähigt, ihr Leben selbst zu gestalten, gleiche Chancen
7 schafft und Diskriminierung entschieden entgegnet.

8 Ein Berlin für alle heißt, dass Vielfalt nicht nur akzeptiert, sondern aktiv gefördert wird.
9 Wir setzen auf Gleichstellung, Antidiskriminierung und Teilhabe von queeren Menschen,
10 FLINTA*, Geflüchteten, BIPOC, Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen mit
11 Behinderungen. Wir gestalten Strukturen, die schützen und befähigen, schaffen offene und
12 sichere Räume und stärken Institutionen, die die Vielfalt Berlins widerspiegeln. Zugleich
13 verteidigen wir unsere Demokratie gegen Hass und Hetze und stärken jene, die sich tagtäglich
14 für Freiheit und Gerechtigkeit einsetzen. Wir stehen für eine menschenrechtsbasierte,
15 wertegeleitete Asylpolitik. Berlin ist Schutzraum und sicherer Hafen.

16 Berlin ist Zuhause für Kultur, Kunst, und Kreativität. Von den großen bis zu den kleinen
17 Bühnen, von Museen, Graffiti und Clubs bis zu den Ateliers in den Kiezen. Diese Vielfalt
18 macht unsere Stadt lebendig, stark und resilient. Wir sichern kulturelle Teilhabe für alle,
19 künstlerische Freiheit, faire Arbeitsbedingungen und eine verlässliche Förderung für
20 Kreativschaffende, damit Berlins kulturelle Landschaft auch künftig Raum für Neues, für
21 Widerspruch und für Begegnung bleibt. Wir schützen die Freiheit des Glaubens ebenso wie die
22 Freiheit, keiner Religion anzugehören, und fördern den interreligiösen Dialog als Brücke des
23 Austauschs und Zusammenhalts. Eine starke Demokratie lebt vom Mitmachen – durch Bildung,
24 Beteiligung und Zivilcourage. Denn ein Berlin für alle bedeutet, dass jede*r gehört wird und
25 die Vielfalt dieser Stadt als gemeinsames Versprechen begreift.

26 4.1. Strukturelle Gleichstellung – fair, selbstbestimmt 27 und verbindlich

28 Für uns Bündnisgrüne ist ein intersektionaler Feminismus essentiell. Wir wollen, dass in
29 Berlin alle Frauen, Lesben, inter*, nicht-binären, trans* und agender Personen (FLINTA*)
30 frei und ökonomisch unabhängig leben können. Lohnarbeit soll gerecht bezahlt und Care-Arbeit
31 fair verteilt sein – und zwar überall. Wir wollen Gesundheitsversorgung für alle FLINTA*
32 bedarfsgerecht, diskriminierungsfrei und selbstbestimmt aufstellen. Deshalb setzen wir uns
33 auch für eine gezielte Fort- und Weiterbildung von Fachpersonal ein. Bündnisgrüne Politik
34 sichert strukturelle Gleichstellung mit verbindlichen Strategien, einem Paritätsgesetz für
35 das Parlament, fairer Finanzierung, transparenter Personalpolitik, Equal Pay, gezielter
36 Förderung von Gründer*innen und Frauen in MINT-Berufen und Programmen für den Wiedereinstieg
37 nach Familienphasen. Flexible Arbeitsmodelle sowie eine gut ausgebaute Kinderbetreuung und
38 Pflegeinfrastruktur entlasten und eröffnen Chancen. Bildung, Ausbildung und Berufschancen
39 werden gezielt gefördert, soziale Träger dauerhaft abgesichert. Berlin wird Vorreiterin

40 einer feministischen Politik, die Vielfalt schützt, marginalisierte Gruppen gezielt
41 einbezieht, Teilhabe stärkt und Gerechtigkeit für alle schafft.

42 Doch geschlechtsspezifische Gewalt – ob häuslich, psychisch, sexualisiert oder digital –
43 gehört für viele FLINTA* noch immer zum Alltag. Die vorhandenen Schutzplätze reichen nicht
44 aus und für marginalisierte Gruppen bestehen oft hohe Zugangshürden. Frauen verdienen im
45 Schnitt weniger als Männer, tragen den Großteil unbezahlter Care-Arbeit und sind in
46 Führungspositionen stark unterrepräsentiert. Im Gesundheitswesen fehlen vielerorts
47 spezifische, diskriminierungsfreie und mehrsprachige Angebote. Bei Sexarbeitenden überlagern
48 Stigmata, fehlender Schutz, mangelnde Gesundheitsversorgung und Unsicherheit den Zugang zu
49 Rechten und Unterstützung.

50 Gleichstellung konsequent vorantreiben

51 Wir Grüne wollen das Gender-Budgeting im Landeshaushalt konsequent weiterentwickeln. Dazu
52 gehören ein wirksames Controlling durch eine gestärkte Leitstelle bei der
53 Senatsfinanzverwaltung sowie die Ausweitung auf weitere Produkte und Diversitätsmerkmale.

54 Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie mit klaren Kriterien und Vorgaben muss
55 intersektional alle Diskriminierungsformen berücksichtigen. In den Bezirken werden die
56 Gleichstellungsbeauftragten gestärkt. Über verbindliche Förderprogramme, Zielvereinbarungen
57 mit landeseigenen Betrieben und Beteiligungen, transparente Auswahlverfahren und Quoten,
58 Equal Pay, die Förderung von Frauen in MINT-Berufen, in der Wissenschaft und im Handwerk,
59 Maßnahmen zur Vereinbarung von Familie und Beruf, Programme für den beruflichen
60 Wiedereinstieg sowie den Ausbau von Kinderbetreuung und Pflegeinfrastruktur sichern wir die
61 strukturelle Gleichstellung. Flexible Arbeitsmodelle sorgen dafür, dass Erwerbs- und Care-
62 Arbeit fair verteilt werden.

63 Prävention stärken und Schutzräume ausweiten

64 Wir erkennen geschlechtsspezifische Gewalt – insbesondere Gewalt gegen Frauen – als
65 gesamtgesellschaftliches Problem an. Prävention und Bekämpfung dürfen nicht bei den
66 Betroffenen liegen, sondern erfordern ein konsequentes und planvolles Handeln der gesamten
67 Gesellschaft.

68
69 Deshalb stellen wir sicher, dass alle Anlaufstellen für Betroffene verbindlich
70 sensibilisiert und geschult werden. Bei der Polizei etablieren wir standardisierte Verfahren
71 im Umgang mit geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt nach spanischem Vorbild. Die
72 Anordnung von Schutzmaßnahmen soll dabei regelbasiert erfolgen und nicht von individuellen
73 Gefährdungseinschätzungen einzelner Beamt*innen abhängen. Wir befürworten die Einführung der
74 elektronischen Fußfessel, bei der die betroffene Person auch die Möglichkeit hat sich
75 benachrichtigen zu lassen. Auch das Personal in Krankenhäusern, insbesondere in
76 Notaufnahmen, wird fortgebildet, um Gewalteinwirkungen frühzeitig zu erkennen und
77 Betroffenen Beratung und Unterstützung anzubieten.

78 Wir Grüne setzen das Gewalthilfegesetz konsequent um. Die Bundesmittel hierfür werden wir
79 für zusätzliche Maßnahmen ausgeben. Wir schaffen mehr Beratungsangebote, zwei neue
80 Frauenhäuser, mehr Zweite-Stufe-Wohnungen für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder sowie
81 suchtmittelakzeptierende Einrichtungen und Schutzwohnungen mit expliziten Zugängen für
82 marginalisierte Gruppen. Die Sprachmittlung und Housing First für Frauen werden ausgebaut,
83 Notunterkünfte für FLINTA* erweitert. Digitale Gewalt gegen Frauen bekämpfen wir mit
84 spezialisierten Online-Beratungsangeboten, Sensibilisierungskampagnen und verpflichtenden

85 Schulungen für Polizei und Justiz. An den Strafgerichten schaffen wir eine
86 Sonderzuständigkeit für Sexualdelikte. Zugänge zu Schutz, Beratung und Unterbringung müssen
87 unabhängig vom Aufenthaltsstatus zugänglich sowie barrierefrei, mehrsprachig,
88 diskriminierungsfrei und traumasensibel gestaltet und allen Betroffenen zugänglich sein.

89 Wir begrüßen, dass der schwarz-rote Senat zentrale grüne Forderungen umsetzt: die
90 Verlängerung von Wohnungswegweisungen für Täter*innen häuslicher Gewalt von 14 Tagen auf
91 vier Wochen, die Verankerung von Kontakt- und Näherungsverboten im Berliner
92 Sicherheitsgesetz sowie die Einrichtung eines Betroffenenbeirats. Auch die
93 interdisziplinären Fallkonferenzen, die eine stärkere Zusammenarbeit von Polizei,
94 Jugendämtern und Beratungsstellen bei konkreten Fällen häuslicher Gewalt ermöglichen, werden
95 auf unsere Vorschläge hin vom Berliner Senat eingesetzt. Die Istanbul-Konvention ist ein
96 Instrument, das uns dazu verpflichtet, notwendige Maßnahmen für den Schutz von Frauen und
97 Mädchen vor Gewalt und die Förderung ihrer Rechte festzulegen, die über den Status quo
98 hinausgehen. Wir setzen die Punkte der Konvention konsequent um. Dafür stärken wir sowohl
99 Präventionsmaßnahmen in Schulen, bei Sozialämtern oder im digitalen Raum, als auch die
100 Täterarbeit zum Beispiel mit Anti-Agressionstrainings. Eine verbesserte Datenerhebung soll
101 zudem eine wissenschaftliche und gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung auf Basis
102 verlässlicher Daten ermöglichen. Der Grundsatz „Wer schlägt, der geht“ aus dem
103 Gewaltschutzgesetz muss in der Berliner Justiz, den Jugendämtern und der Polizei noch
104 konsequenter umgesetzt werden. Die landeseigenen Wohnungsgesellschaft sollen diesen
105 Grundsatz in ihren Mietverträgen verankern und hervorheben. Wir senken die Hürden für eine
106 eheunabhängige Aufenthaltserlaubnis. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, "Catcalling"
107 unter Strafe zu stellen.

108 Digitale Gewalt wirksam bekämpfen

109 Digitale Gewalt ist eine zentrale Form geschlechtsspezifischer Gewalt. Sie reicht von
110 Hassrede, Bedrohungen und Cyberstalking bis hin zu bildbasierter sexualisierter Gewalt und
111 der nicht-einvernehmlichen Verbreitung privater Inhalte. Sie trifft Frauen, Mädchen und
112 queere Personen besonders häufig. Sie schränkt ihre gesellschaftliche Teilhabe massiv ein
113 und verletzt ihre Persönlichkeitsrechte. Wir werden Beratungs- und Unterstützungsangebote
114 für Betroffene digitaler Gewalt ausbauen, berlinweite Melde- und Dokumentationsstrukturen
115 stärken sowie Fortbildungsprogramme für Polizei, Justiz, Verwaltung, Schulen und Jugendhilfe
116 zu digitaler Gewalt umsetzen. Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz
117 müssen dabei berücksichtigt werden.

118 Gesund und selbstbestimmt leben

119 Wir Grüne schaffen eine diskriminierungsfreie und flächendeckende Gesundheitsversorgung für
120 Frauen und FLINTA*. Dabei berücksichtigen wir gezielt Mehrfachdiskriminierung im
121 Gesundheitswesen, etwa durch Rassismus, Behinderung, Queerfeindlichkeit oder fehlende
122 Sprachmittlung. Dazu gehören der Ausbau frauengesundheitlicher, queersensibler und
123 mehrsprachiger Angebote, zusätzliche Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und die
124 Verankerung der Aufklärung über Schwangerschaftsabbrüche in der medizinischen Ausbildung. In
125 Schulen und Jugendeinrichtungen stellen wir die Verfügbarkeit erweiterter
126 Aufklärungsangebote zu Menstruation und Verhütung sicher, außerdem werden
127 Menstruationsartikel auf öffentlichen Toiletten und in öffentlichen Gebäuden kostenfrei
128 bereitgestellt, wie es manche Bezirke bereits tun. Zur Gesundheitsvorsorge gehört auch eine
129 Erweiterung des Angebots an kostenfreien und barrierefreien öffentlichen Toiletten -
130 ausgestattet mit kostenfreien Menstruationsartikeln. FLINTA*, die sich in den Wechseljahren

131 befinden, haben ein Recht auf gesundheitliche Unterstützung und faire Arbeitsbedingungen.
132 Wir wollen Aufklärung, Forschung und konkrete Maßnahmen, wie eine Wechseljahres-Strategie
133 für die Berliner Verwaltung, damit FLINTA* in dieser Lebensphase selbstbestimmt, fair und
134 gesund leben können. Um allen Frauen eine medizinische Versorgung zu ermöglichen, wollen wir
135 ein flächendeckendes Angebot an Gynäkolog*innen und Urolog*innen in allen Bezirken sichern
136 und dabei auch ein Augenmerk auf trans*, nicht-binäre und behinderte Menschen legen. Auf
137 Bundesebene setzen wir uns für die Abschaffung von § 218 des Strafgesetzbuchs ein, weil das
138 Recht von Schwangeren, über ihren eigenen Körper und ihre reproduktive Gesundheit zu
139 entscheiden, ein unveräußerlicher Teil ihrer Selbstbestimmung und Gleichberechtigung ist.
140 Dafür wollen wir den von der Union im Bundestag verhinderten Entwurf eines Gesetzes zur
141 Neuregelung des Schwangerschaftsabbruches in den Bundesrat einbringen.

142 Schutz und Rechte für Sexarbeitende sichern

143 Um Sexarbeitende zu schützen, zu entkriminalisieren und zu entstigmatisieren, setzen wir
144 Bündnisgrüne die Ergebnisse des unter Rot-Rot-Grün einberufenen „Runden Tisches Sexarbeit“
145 um und integrieren das Peer-Projekt „transSexWorks“ in das Koordinierungsgremium.
146 Fachberatungsstellen werden um psychologische Beratungsangebote erweitert. Wir entwickeln
147 gemeinsam mit den Bezirken Präventions- und Schutzkonzepte, besonders für den
148 Kurfürstenkiez, mit dem Ziel, sichere, hygienische Arbeitsorte zu schaffen sowie eine
149 bessere gesundheitliche Versorgung und eine qualifizierte rechtliche Beratung zu fördern.
150 Damit unterstützen wir Sexarbeitende und tragen zur Entlastung des öffentlichen Raums bei.
151 Freier*innen, die in Freier*innenforen und anderswo die Persönlichkeitsrechte von
152 Sexarbeitenden verletzen, werden strafrechtlich verfolgt.

153 4.2. Berlin gegen Diskriminierung – Vielfalt konsequent 154 schützen

155 Berlin ist eine Stadt, in der Vielfalt gelebt wird. In einer Zeit, in der versucht wird, uns
156 auseinander zu drängen und viele Berliner*innen angegriffen, ausgeschlossen und abgewertet
157 werden, halten wir an unserem Berlin fest – einem Berlin, in dem alle dazugehören und
158 gesehen werden. Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein, dass alle Menschen frei von
159 Diskriminierung leben können – unabhängig von Herkunft, Religion, rassistischer
160 Zuschreibung, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderungen, Alter oder sozialer Lage.
161 Antidiskriminierung ist für uns dabei eine Querschnittsaufgabe: Politik, Verwaltung,
162 Bildung, Gesundheit, Kultur und Wirtschaft sollen ihr Handeln aktiv an Vielfalt und
163 Gerechtigkeit ausrichten. Berlin braucht klare Zuständigkeiten, verbindliche Maßnahmen und
164 dauerhafte Förderung bei der Arbeit gegen jede Form rassistischer Diskriminierung und für
165 Empowerment betroffener Gruppen. Dabei ist eine bedarfsgerechte und langfristig abgesicherte
166 Beratungsinfrastruktur zentral. Wir stärken Betroffene, ihre Perspektiven sollen gehört und
167 repräsentiert werden. Vielfalt und Repräsentation sind für uns nicht nur ein Symbol, sondern
168 gelebte Realität – sichtbar, wirksam und selbstverständlich.

169 Wir verteidigen Minderheiten und zivilgesellschaftliche Akteur*innen vor direkten Angriffen
170 und den zunehmenden Versuchen, sie pauschal zu delegitimieren. Wir stärken Projekte, die
171 sich für ein diverses und sicheres Berlin einsetzen, und fördern die Sensibilität für
172 Diversität.

173 Strategie für Antidiskriminierung und Diversität entwickeln

174 Berlin hat sich unter grüner Regierungsbeteiligung zu einem bundesweiten Leuchtturm für eine
175 progressive Politik der Vielfalt entwickelt, die sich gegen jede Form der Diskriminierung
176 stellt. Diese Zeiten sind mit Schwarz-Rot schon lange vorbei. Wir Grüne akzeptieren diesen
177 Stillstand nicht. Wir wenden uns entschieden gegen die ideologisch vorangetriebenen Angriffe
178 auf zivilgesellschaftliches Engagement, gegen die Zerschlagung von Beratungsangeboten oder
179 Präventionsstrukturen, die sich jeden Tag für Vielfalt, Teilhabe und Gleichbehandlung
180 einsetzen.

181 Wir wollen, dass Berlin wieder Verantwortung übernimmt und voranschreitet: mit einer
182 gesamtstädtischen Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategie. Mit ihr wollen wir die
183 unterschiedlichen bestehenden Programme gegen Diskriminierung und für die Förderung von
184 Diversität zusammenführen, intersektional ausrichten sowie alle gesellschaftlichen
185 Handlungsfelder und Institutionen auf strukturelle Diskriminierung prüfen und Berlin wieder
186 zur Vorreiterin einer progressiven Antidiskriminierungs- und Diversitätspolitik machen. Die
187 Strategie soll unter enger Einbindung von Wissenschaft, Expert*innen und insbesondere den
188 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Communities entwickelt werden. Die bisherigen
189 Strukturen werden evaluiert und weiterentwickelt, klare Zuständigkeiten auf Landes- und
190 Bezirksebene gesetzlich verankert und dauerhaft gestärkt. Parallel überarbeiten wir die
191 veraltete Landeskonzption „Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ gegen Rechtsextremismus,
192 Antisemitismus und Rassismus grundlegend. Ziel ist der Abbau struktureller
193 Ungleichbehandlung sowie der Aufbau gleichwertiger Beratungs- und Empowermentstrukturen für
194 alle marginalisierten Gruppen.

195 Bestimmte Formen der Diskriminierung haben ohnehin bis heute zu wenig politische
196 Aufmerksamkeit erfahren. Hier wollen wir Erkenntnislücken schließen – etwa durch den Berlin-
197 Monitor, der wieder jährlich erscheinen soll und eng mit der Zivilgesellschaft abgestimmt
198 wird. Wir wollen die Berliner Antidiskriminierungsarbeit um neue gesellschaftliche
199 Handlungsfelder erweitern, wie etwa den Gesundheits- und Pflegebereich, den Bereich
200 Wissenschaft und Hochschulen oder den Bereich der Diskriminierung im digitalen Kontext, und
201 durch KI-Anwendungen ergänzen. Wir bauen diskriminierungskritische, mehrsprachige,
202 niedrigschwellige und psychosoziale Unterstützung aus, stärken ein Förderprogramm für
203 marginalisierte Selbstorganisationen, entwickeln die bezirklichen Beauftragtenstrukturen zu
204 Diversityteams weiter und schaffen einen Aktionsplan, der Safer Spaces und Community-Orte in
205 der ganzen Stadt schützt.

206 Landesantidiskriminierungsgesetz weiterentwickeln

207 Das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) ist eine bündnisgrüne Erfolgsgeschichte. Wir
208 wollen es gemeinsam mit der Zivilgesellschaft evaluieren und weiterentwickeln, um seinen
209 Schutz noch breiter wirksam werden zu lassen. Dazu novellieren wir das LADG: Wir erweitern
210 den Merkmalskatalog um Diskriminierungsmerkmale wie Diskriminierung aufgrund des Gewichts,
211 der Staatsangehörigkeit, des Aufenthaltsstatus oder des Familienstands und wenden das Gesetz
212 verbindlich auch auf landeseigene Unternehmen an. Die Verjährungsfrist, also die Ansprüche
213 auf Schadensersatz oder Entschädigung nach dem LADG, die bisher innerhalb von einem Jahr
214 verjähren, wird auf drei Jahre verlängert, gleichzeitig steigen die Entschädigungshöhen zur
215 Abschreckung. Ein Rechtshilfefonds wird Verbandsklagen erleichtern. Wir stärken die LADG-
216 Ombudsstelle und stellen sie als unabhängige Behörde auf. Sie erhält ein Initiativrecht, ein
217 eigenes Presserecht und eine Berichtspflicht. Unter dem Dach der LADG-Ombudsstelle wird eine
218 unabhängige Beschwerdestelle gegen Diskriminierung an Schulen eingerichtet. Auch auf

219 Bundesebene kämpfen wir für eine Stärkung des rechtlichen Diskriminierungsschutzes mit der
 220 Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG).

221 Eine vielfältige und diskriminierungsfreie Verwaltung stärken

222 Die Berliner Verwaltung muss bei der Entwicklung und Umsetzung von Antidiskriminierungs- und
 223 Diversitätsstrategien eine Vorreiterrolle übernehmen. Das Diversity-Landesprogramm haben wir
 224 dazu 2020 auf den Weg gebracht, um die Förderung von Vielfalt bei der Personalgewinnung und
 225 im Personalmanagement zu stärken. In der Umsetzung durch Schwarz-Rot wurden viele Ziele aber
 226 nicht erreicht. Etliche Maßnahmen bleiben unverbindlich; es fehlt an einer
 227 senatsübergreifenden Steuerung. Wir Grüne wollen daher einen Neustart für das Diversity-
 228 Landesprogramm mit Verbindlichkeit für alle Verwaltungen. Zentrale Maßnahmen des
 229 Landesprogramms – wie die Einführung positiver Maßnahmen zur Bekämpfung von
 230 Ungleichbehandlung – wollen wir gesetzlich verankern. Dazu gehören auch unabhängige,
 231 diskriminierungskritische Untersuchungen der internen Organisationsstrukturen und -abläufe,
 232 die Entwicklung von verbindlichen Beschwerdeverfahren und -stellen bei Rassismus und
 233 Diskriminierung sowie die Implementierung von Antidiskriminierungs- und
 234 Diversitätsstrategien in allen Verwaltungen. Neben den bisherigen Schwerpunkten soll für die
 235 weitere Entwicklung ein neuer Fokus hinzutreten: die diskriminierungsarme Zugänglichkeit von
 236 Dienstleistungen der Verwaltung und damit verbundene Maßnahmen der
 237 Diskriminierungsprävention.

238 Wir Bündnisgrüne wollen zukünftig einen echten Diversitäts-Check einführen. Im Sinne eines
 239 modernen Diversity-Mainstreamings sollen alle Maßnahmen des Senats – insbesondere
 240 Gesetzesvorhaben – vorab auch auf potenziell diskriminierende bzw. diversitätsfördernde
 241 Wirkungen hin untersucht werden. Politische und Verwaltungsentscheidungen müssen auf einer
 242 rassismus- und diskriminierungskritischen Datenlage basieren, die partizipativ und
 243 communitybasiert erhoben wird.

244 Das Berliner Partizipations- und Migrationsgesetz (PartMigG) ist ein herausragendes Beispiel
 245 für die konstruktive Gestaltung von Teilhabe in Berlin. Berlin hat dort – auf Initiative der
 246 Grünen – den bundesweit ersten Beirat für die Angelegenheiten der Sinti*innen und Rom*nja
 247 gesetzlich verankert. Insgesamt stellt das Gesetz einen bedeutenden Fortschritt in Richtung
 248 einer gerechteren und inklusiveren Stadtgesellschaft dar, die die Potenziale aller ihrer
 249 Mitglieder erkennt und fördert. Wir setzen das PartMigG konsequent um, sorgen für klare
 250 Zuständigkeiten in allen Senatsverwaltungen, ausreichende Ressourcen sowie verbindliche
 251 Beteiligungsstrukturen für Beiräte und Migrant*innenorganisationen. Das PartMigG sorgt
 252 dafür, dass die Vielfalt Berlins auch in der Verwaltung sichtbar wird. Die letzte Befragung
 253 zeigt jedoch, dass der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst
 254 weiter deutlich unter dem der Stadtgesellschaft liegt. Wir wollen den gesellschaftlichen
 255 Anteil von Black, Indigenous and People of Color (BIPOC) und Menschen mit Rassismus- und
 256 Antisemitismuserfahrung in der Verwaltung durch verbindliche positive Maßnahmen erhöhen und
 257 als Zielvorgabe bis 2030 mindestens den Durchschnitt der Berliner Bevölkerung erreichen.
 258 Perspektivisch wollen wir eine umfassende Vielfaltsquote einführen, die alle
 259 Diversitätsdimensionen berücksichtigt. Berichtspflichten und Mitarbeitendenbefragungen nach
 260 dem novellierten PartMigG begrüßen wir, wollen jedoch zusätzlich erreichen, dass
 261 Gleichstellungsdaten von allen Menschen mit Rassismuserfahrung erfasst sowie ein umfassendes
 262 Diversity-Monitoring und anonyme Umfragen zu Diskriminierungserfahrungen etabliert werden.
 263 Eine Interessenvertretung für BIPOC im öffentlichen Dienst soll das
 264 Personalvertretungsgesetz ergänzen.

265 Auch die landeseigenen Unternehmen und Beteiligungen haben eine stadtweite Vorbildfunktion
 266 für eine moderne, diversitätsorientierte Unternehmensführung in Berlin. Wir Grüne wollen
 267 wirksame und verbindliche Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategien für sie entwickeln
 268 und implementieren. Dies gilt sowohl für die angebotenen Dienstleistungen und den Umgang mit
 269 Kund*innen als auch für die interne Personalverantwortung und -führung. Die Enquete-
 270 Kommission hat einen ideologisch vorangetriebenen Kulturkampf weiter verschärft, statt
 271 wirkungsvolle Ergebnisse für die zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der Strategien gegen
 272 Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit und alle weiteren Formen von Diskriminierung
 273 zu liefern. Wir schaffen ein neues parlamentarisches Format, das systematisch und auf
 274 Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft arbeitet – mit dem Ziel, eine progressive und
 275 intersektionale Antidiskriminierungspolitik in den Mittelpunkt zu stellen und auch die
 276 Umsetzung durch Politik und Verwaltung systematisch zu monitoren und zu begleiten. Der Fokus
 277 liegt dabei vor allem auf Institutionen und Strukturen der öffentlichen Hand.

278 Antisemitismus entschieden bekämpfen

279 Jüdisches Leben gehört untrennbar zu Berlin. Wir Bündnisgrüne setzen uns entschieden dafür
 280 ein, dass Berlin eine Stadt bleibt, in der jüdisches Leben in Sicherheit und Freiheit
 281 möglich ist – auf der Straße, in Schulen und Hochschulen, in der Kultur, in der Wissenschaft
 282 und im Alltag. Dass Jüdinnen*Juden in Berlin Angst haben, ist nicht zu akzeptieren. Der
 283 Schutz jüdischen Lebens und der Kampf gegen Antisemitismus sind für uns nicht verhandelbar.
 284 Wir wollen das in der rot-rot-grünen Wahlperiode beschlossene „Berliner Landeskonzept zur
 285 Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention“ konsequent umsetzen und bestehende
 286 Schutzlücken schließen. Besonders in Bildung, Schule, Hochschule sowie im Opferschutz
 287 braucht es verlässliche Strukturen, die Antisemitismus gezielt adressieren. Wir betrachten
 288 Antisemitismusprävention als eine langfristige und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Neben
 289 einer konsequenten strafrechtlichen Verfolgung politisch motivierter Straftaten braucht es
 290 die verlässliche Förderung etablierter, anerkannter und fachlich qualifizierter Träger der
 291 Antisemitismusprävention statt kurzfristiger, befristeter Projektförderungen.

292
 293 Für uns ist dabei klar, dass wir den Kampf gegen alle Formen von Antisemitismus ernst
 294 nehmen. Dazu gehört sowohl die Gefahr durch rechtsextreme und faschistische Ideologien als
 295 auch der israelbezogene Antisemitismus, der maßgeblich in Teilen der politischen Linken und
 296 aus dem islamistischen Milieu kommt. Wir unterscheiden klar zwischen antisemitischen
 297 Positionen und einer sachlichen Kritik an der israelischen Regierung, die sich gegen
 298 konkrete politische Maßnahmen richtet, ohne Jüdinnen und Juden kollektiv verantwortlich zu
 299 machen oder doppelte Standards anzulegen. Der Schutz von jüdischen und als israelsolidarisch
 300 gelesenen Orten, einschließlich nichtreligiöser Einrichtungen, muss sichergestellt werden.
 301 Hierfür müssen unter anderem auch bauliche und personelle Schutzmaßnahmen gestärkt werden.
 302 Um der wachsenden Verbreitung antisemitischer Narrative im digitalen Raum zu begegnen,
 303 wollen wir am Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung ein Forschungscluster zu
 304 digitalem Antisemitismus einrichten. Dieses soll Frühwarnsysteme entwickeln, digitale
 305 Bildungsarbeit leisten und Politik, Medien sowie Plattformbetreiber*innen beraten.

306 Antimuslimischen Rassismus entschieden bekämpfen

307 Rassismus hat viele Gesichter. Wir Bündnisgrüne bekämpfen ihn in all seinen
 308 Erscheinungsformen. Auch antimuslimischer Rassismus ist nach dem 7. Oktober 2023 weiter
 309 deutlich angewachsen. Wir sagen ihm entschieden den Kampf an. Wir setzen uns auch gegen jede
 310 Form von Rassismus und religiöse Diskriminierung ein, den Alevit*innen, Drus*innen,
 311 Jesid*innen und andere religiöse Minderheiten erfahren.

312

313 Wir setzen eine*n Landesbeauftragte*n ein, der*die ressortübergreifend Lücken im Schutz vor
314 antimuslimischer Diskriminierung in unseren gesellschaftlichen Institutionen wie Behörden
315 und Schulen sowie bei strukturellen Benachteiligungen wie etwa im Berufsleben schließt und
316 die Ergebnisse der „Expert*innenkommission antimuslimischer Rassismus“ senatsübergreifend
317 koordiniert umsetzt. Dazu gehören einheitliche Vorgaben zur inhaltlichen Ausgestaltung von
318 Schulordnungen an Berliner Schulen, die LADG-konform sind.

319 Die Expert*innenkommission antimuslimischer Rassismus soll ihre Arbeit fortsetzen und
320 bestehende Beratungs-, Empowerment- und Monitoringstrukturen sollen gestärkt und ausgebaut
321 werden. Beschäftigte im öffentlichen Dienst erhalten verpflichtende Fortbildungen und beim
322 Landeskriminalamt wird eine spezifische Ansprechperson eingesetzt. Das diskriminierende
323 „Neutralitätsgesetz“ schaffen wir in Gänze ab, da es insbesondere kopftuchtragende Frauen
324 vom Staatsdienst ausschließt, Grundrechte wie Religions- und Berufsfreiheit verletzt und
325 bestehende Ungleichbehandlungen im öffentlichen Dienst verfestigt, statt Diskriminierung
326 abzubauen. Muslimisches Leben soll in Kunst, Medien und Bildung sichtbar sein –
327 diskriminierungsfrei und selbstbestimmt. Die genannten Maßnahmen – von der
328 Landesbeauftragten über Fortbildungen bis hin zu Beratungs- und Empowermentstrukturen –
329 müssen für die Vielfalt der betroffenen Gruppen sensibilisiert werden und spezifische
330 Angebote bereithalten. Wir setzen uns dafür ein, den 1. Juli als offiziellen Gedenk- und
331 Aktionstag gegen antimuslimischen Rassismus einzuführen, und prüfen den Abschluss einzelner
332 Vereinbarungen mit muslimischen Verbänden.

333 Anti-asiatischen Rassismus entschieden bekämpfen

334 Wir Grüne fordern ein stärkeres und entschiedeneres Handeln gegen anti-asiatischen
335 Rassismus. Dazu müssen Beratungs-, Melde- und Empowermentstrukturen überhaupt erst einmal
336 eingerichtet bzw. gestärkt werden. Gegen anti-asiatischen Rassismus als spezifische Form der
337 Diskriminierung führen wir Sensibilisierungen im öffentlichen Dienst ein, fördern asiatisch-
338 deutsche Selbstorganisationen und binden sie in politische Gremien ein. Empowerment- und
339 Teilhabeangebote werden gezielt ausgebaut, um mediale, kulturelle und politische
340 Repräsentanz zu stärken.

341 Anti-Schwarzen Rassismus entschieden bekämpfen

342 Berlin hat sich 2018 zur Umsetzung der 1. UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft
343 (2015–2024) verpflichtet. Dabei sollten unter anderem geeignete Maßnahmen zur Erfassung der
344 Diskriminierung Schwarzer Menschen und Antidiskriminierungsmaßnahmen entwickelt werden –
345 unter enger Einbeziehung der Zivilgesellschaft und Berücksichtigung der Perspektiven
346 Schwarzer Menschen. Nach dem Abschluss der 1. UN-Dekade wollen wir Grüne deren Ergebnisse
347 sichern und die etablierten Strukturen und implementierten Maßnahmen fortführen und
348 verstetigen. Die noch offenen Forderungen sollen weiter umgesetzt und bestehende Lücken
349 geschlossen werden. Dazu gehört auch die Einrichtung des Studiengangs „Intersectional Black
350 European Studies“ an den Berliner Hochschulen. Wir wollen, dass Berlin sich auch zur
351 Umsetzung der 2. UN-Dekade (2025–2034) verpflichtet und dabei bundesweit voranschreitet.
352 Gemeinsam mit den Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Communities wollen wir
353 hierfür eine Gesamtstrategie für die 2. UN-Dekade mit einem Maßnahmen- und Aktionsplan bis
354 2034 entwickeln. Diese Gesamtstrategie soll verbindlich alle Senatsressorts und die Bezirke
355 einschließen. Gegen anti-Schwarzen Rassismus bauen wir Beratungs-, Melde- und
356 Empowermentstrukturen aus und sichern sie langfristig. Dazu gehört auch das Schwarze
357 Community-Zentrum.

358 Antiziganismus entschieden bekämpfen

359 Rom*nja und Sinti*zze sind seit langem ein elementarer Teil unserer Gesellschaft und hier
360 tief verwurzelt. Berlin soll auch für die Gemeinschaft der Sinti*zze und Rom*nja ein
361 lebenswertes und sicheres Zuhause sein. Wir setzen uns entschieden dafür ein, dass sie
362 diskriminierungsfrei ihr Leben gestalten können. Denn wir stellen fest, dass Sinti*zze und
363 Rom*nja weiterhin in allen gesellschaftlichen Bereichen diskriminiert werden. Die meisten
364 registrierten Vorfälle ereignen sich im Kontakt mit der Verwaltung, mit öffentlichen
365 Stellen, im Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie auf dem Arbeitsmarkt. Berlin muss daher
366 weiterhin entschlossen handeln, den strukturellen, institutionellen und alltäglichen
367 Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja zu bekämpfen. Wir Bündnisgrüne setzen auf eine
368 verbindliche Einbindung des Beirats für Angelegenheiten der Rom*nja und Sinti*zze, eine
369 Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Antiziganismus-Dokumentationsstelle und gezielte
370 Fortbildungen aller öffentlichen Stellen. Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von
371 pädagogischem Personal sowie in Rahmenlehrplänen der Berliner Schulen müssen
372 antiziganismuskritische Kenntnisse über Geschichte und Gegenwart von Sinti*zze und Rom*nja
373 verbindlich Eingang finden. Das Recht auf Bildung muss in Berlin für alle Kinder, unabhängig
374 vom Aufenthaltsstatus, gelten. Eine Ausweisung und Abschiebung geflüchteter Rom*nja in
375 vermeintlich „sichere“ Herkunftsländer, in denen ihnen Angriffe und Diskriminierung drohen,
376 lehnen wir ab.

377 Antislawismus entschieden bekämpfen

378 Auch Menschen mit osteuropäischer Migrationsgeschichte und/oder slawische Menschen erleben
379 Diskriminierung und Rassismus, etwa im Arbeitsalltag oder im Umgang mit der Verwaltung.
380 Antislawismus tritt häufig in Verbindung mit Klassismus auf, etwa wenn von einem
381 vermeintlichen „Sozialtourismus“ gesprochen wird. Wir stellen uns Antislawismus entgegen und
382 möchten, dass auch Menschen mit osteuropäischer Migrationsgeschichte ein
383 diskriminierungsfreies Leben führen können. Wir wollen die Forschung und politische
384 Bildungsarbeit zu Antislawismus stärken, die Sichtbarkeit und Teilhabe von Menschen mit
385 osteuropäischer Migrationsgeschichte stärken und Mitarbeiter*innen der Berliner Behörden
386 bezüglich Antislawismus schulen.

387 4.3. Humanität für Geflüchtete – Ankommen und Teilhabe 388 sichern

389 Differenzierte, sachliche Antworten in der Migrationspolitik sind nicht immer populär, aber
390 heute dringender notwendig denn je. Die Menschenrechte sind überall und jederzeit
391 einzuhalten – sie sind unverhandelbar.

392 Berlin soll sicherer Hafen und eine Stadt der Chancen sein. Teilhabe beginnt am ersten Tag;
393 mit Zugängen, die funktionieren, und Strukturen, die Menschen stärken. Das heißt: Menschen
394 erhalten Schutz, Wohnraum, Beratung, herkunftsunabhängigen und kostenlosen Zugang zu Sprach-
395 und Bildungsangeboten sowie Zugang zu Arbeit und Gesundheitsversorgung –
396 diskriminierungsfrei, kultursensibel und mehrsprachig. Dauerhaft finanzierte
397 Beratungsstellen sichern besondere Schutzbedarfe. Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein,
398 dass diskriminierungsfreie und traumasensible medizinische Versorgung geleistet, Ehrenamt
399 und Selbstorganisation gefördert sowie Wohnraumberatung und unabhängige
400 Asylverfahrensberatung angeboten werden. Wir werden diese Werte auch in Zukunft weiter im
401 Netzwerk „Solidarity Cities“ (solidarische Städte) leben!

402 Psychosoziale und psychologische Versorgung sichern und ausbauen

403 Viele geflüchtete Menschen haben Gewalt, Krieg, Verfolgung oder Flucht erlebt und benötigen
404 psychosoziale sowie psychotherapeutische Unterstützung. Psychische Gesundheit ist eine
405 zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Bildung und Integration und muss von
406 Beginn an berücksichtigt werden. Wir möchten daher die psychologische und psychosoziale
407 Versorgung für Geflüchtete stärken und einen niedrigschwelligen und bedarfsgerechten Zugang
408 zu ihr ermöglichen. Dazu gehören mehrsprachige und kultursensible Angebote, insbesondere für
409 Kinder und Jugendliche.

410 Zugänge zu Arbeit und Ausbildung schaffen

411 Mit einer Politik die Zugänge öffnet und Hürden abbaut, erleichtern wir Grüne Geflüchteten
412 vom ersten Tag an den Einstieg in Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung. Teilhabe am
413 Arbeitsmarkt ist Voraussetzung für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Dafür stärken
414 wir gezielt mehrsprachige Informationsangebote, praxisnahe Sprach- und Brückenangebote sowie
415 notwendige Qualifizierungsmaßnahmen und beschleunigen mit einer Taskforce „Anerkennung“ die
416 Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und legen den Schwerpunkt auf die
417 Fachkräftestrategie.

418 Bürokratische Hürden bei der Erteilung und Verlängerung von Arbeitserlaubnissen bauen wir ab
419 und sorgen für transparente, zügige Verfahren in der Berliner Verwaltung. Betriebe, die
420 Geflüchtete einstellen oder ausbilden, unterstützen wir gezielt und fördern Kooperationen
421 zwischen Unternehmen, Kammern und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Auf Bundesebene
422 setzen wir uns dafür ein, dass die Zustimmungspflichten der Bundesagentur für Arbeit für
423 Menschen im laufenden Asylverfahren entfallen.

424 Gleichberechtigten Zugang zu Gesundheit und Leistungen für alle
425 gewährleisten, diskriminierende Bezahlkarte abschaffen

426 Das Recht auf körperliche und geistige Gesundheit sowie das Recht auf soziale Sicherheit
427 sind Menschenrechte, die auch Geflüchtete und Migrant*innen besitzen, die sich in Berlin
428 aufhalten – ob mit oder ohne die „richtigen“ Papiere. Sogenanntes Asyl- und
429 Migrationsmanagement darf nicht zu menschenrechtswidrigem Leistungsausschluss führen, auch
430 nicht als Sanktion für angebliches Fehlverhalten.

431 Wir lehnen die vom schwarz-roten Senat geplante Bezahlkarte ab, weil sie Geflüchtete
432 diskriminiert und ihre Selbstbestimmung einschränkt. Stattdessen setzen wir auf
433 diskriminierungsfreie, unbürokratische Auszahlungen von Leistungen sowie, unabhängig vom
434 Aufenthaltsstatus, ein Bankkonto für alle („Basiskonto“). Kinder erhalten unverzüglichen
435 Zugang zu Schulunterricht, Willkommensklassen dürfen nur eine Übergangslösung sein.
436 Unabhängig vom Aufenthaltsstatus stellen wir den Zugang von Geflüchteten zu Bildung,
437 Gesundheitsversorgung, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe sicher.

438 Im Bund setzen wir uns für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein.

439 Dezentrale Unterbringung und eigenen Wohnraum voranbringen

440 Es ist unser Ziel, geflüchteten Menschen das Ankommen zu erleichtern. Dafür ist es
441 entscheidend, dass sie angemessen untergebracht werden und wohnen können. Derzeit leben rund
442 40.000 Menschen in Unterkünften des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten, viele von

443 ihnen mit gesichertem Aufenthaltsstatus, obwohl sie Anspruch auf eigenen Wohnraum hätten.
444 Wir werden die bezirklichen Kooperationen – wie beim Projekt Wohnen statt MUF – mit den
445 landeseigenen Wohnungsunternehmen stärken, Fachstellen sollen zudem den Zugang zum
446 Wohnungsmarkt für Geflüchtete verbessern. Wir befürworten überdies die WBS-Berechtigung für
447 Geflüchtete mit langjährigem Aufenthaltsstatus oder Duldung. Unser oberstes Ziel ist die
448 Unterbringung in eigenem Wohnraum. Wo dies nicht möglich ist, wollen wir Grüne weg von der
449 Massenunterbringung und hin zu dezentralen, menschenwürdigen Wohnformen. Große
450 Massenunterkünfte haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie den Bedürfnissen von
451 Geflüchteten nicht gerecht werden. In der Massenunterkunft in Tegel wurden zeitweise
452 tausende Menschen auf engstem Raum untergebracht, der Zugang von Hilfsorganisationen war
453 erschwert und Kinder hatten nur eingeschränkt die Möglichkeit, am Schulunterricht
454 teilzunehmen. Das war insbesondere für Familien und Kinder belastend in einer ohnehin
455 schwierigen Lage.

456 In der Neuaufstellung der Unterbringung setzen wir in erster Linie auf Wohnungen und
457 kleinere Gemeinschaftsunterkünfte in allen Bezirken. Zudem wollen wir für besonders
458 schutzbedürftige Gruppen geflüchteter Menschen gezielte Schwerpunktunterkünfte schaffen, um
459 eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. Das soziale Wohnungsbauprogramm für
460 Geflüchtete unterstützen wir, um dauerhaft Wohnraum und soziale Angebote zur Verfügung zu
461 stellen. Mit einem sozialen Unterbringungsgesetz sollen zukünftig gesetzliche
462 Mindeststandards in Unterkünften für Geflüchtete und Wohnungslose festgelegt und
463 durchgesetzt werden.

464 Ein Ankunftszentrum soll bestmögliche Erstversorgung sicherstellen, sich darum kümmern, dass
465 Kinder und besonders vulnerable Geflüchtete angemessen betreut und schnellstmöglich in gute
466 Unterkünfte vermittelt werden. Mit einer Senatskommission „Unterbringung“ sorgen wir für
467 eine engere Abstimmung zwischen Senat und Bezirken. Asylsuchende werden zudem bei der Reform
468 der Wohnungsnotfallhilfe mitberücksichtigt. Dabei darf keine Gruppe, die von
469 Wohnungslosigkeit bedroht ist, gegen eine andere ausgespielt werden.

470 Dabei ist eine strukturelle und finanzielle Unterstützung der Bezirke zentral. Die soziale
471 Infrastruktur vor Ort muss von Beginn an mitgedacht werden. Die Senatskommission
472 Unterbringung soll sicherstellen, dass neue Standorte zügig identifiziert und beschlossen
473 werden und notwendige Verbesserungen der lokalen Infrastruktur von Anfang an eingeplant
474 sind, insbesondere beim Ausbau von Kita- und Schulplätzen sowie der Verkehrsinfrastruktur.

475 Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) ist die zentrale Erstaufnahmebehörde für
476 geflüchtete Menschen in Berlin. Hier entscheidet sich, ob Unterbringung, Leistungen und
477 Versorgung verlässlich funktionieren.

478 Wir stärken das LAF und verbessern die Arbeitsbedingungen nachhaltig. Unser Ziel ist ein
479 modernes, gut ausgestattetes Landesamt mit fairen Arbeitsbedingungen, ausreichendem Personal
480 und verlässlichen Strukturen, damit geflüchtete Menschen von Beginn an angemessen versorgt
481 und untergebracht werden können.

482 Landesamt für Einwanderung als moderne Willkommensbehörde

483 Das Landesamt für Einwanderung (LEA) ist für rund 700.000 Berliner*innen ohne deutsche oder
484 EU-Staatsangehörigkeit – und damit für fast 20 % der Einwohner*innen – von zentraler
485 Bedeutung. 2025 haben über 500.000 Menschen beim LEA vorgesprochen, um Entscheidungen zu
486 erhalten, die über Arbeit, Studium, Familienleben und soziale Sicherheit bestimmen.

487 Verzögerte Verfahren können zum Verlust des Jobs oder sogar der Wohnung führen.

488 Intransparente Abläufe und schwerer Zugang schwächen das Vertrauen und die lange
489 Ungewissheit hinsichtlich der eigenen Zukunft belasten viele Berliner*innen.

490 Wir werden das Landesamt für Einwanderung zu einer modernen und serviceorientierten

491 Willkommensbehörde weiterentwickeln. Dazu etablieren wir ein digitales Antragssystem für
492 alle Aufenthaltstitel und deren Verlängerung. Das LEA wird gestärkt, um eine zügige,
493 rechtskonforme und transparente Bearbeitung der Anträge sicherzustellen. Die Terminvergabe
494 werden wir weiter verbessern und verlässlicher gestalten. Zudem werden wir die Ombudsstelle
495 im LEA wieder einrichten und zu einer mitwirkungsberechtigten Ombudsstelle weiterentwickeln,
496 um Transparenz, Rechtsschutz und Vertrauen zu stärken. Beratung wird unabhängig und
497 mehrsprachig angeboten.

498 EU-Asylreform menschenrechtskonform umsetzen

499 Die nationale Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) darf nicht zu einer
500 weiteren Aushöhlung des Geflüchteten schutzes führen - auch nicht auf Landesebene. Die neuen
501 Regeln wenden wir menschenrechtskonform an. Wir wollen dies durch ein effektives und
502 unabhängiges Menschenrechtsmonitoring unter enger Einbindung der Zivilgesellschaft und
503 entsprechend qualifiziertem Fachpersonal sicherstellen. Das gilt für die neuen Screening-
504 Verfahren in Berlin-Tegel ebenso wie für die neuen Asyl- und Rückführungsgrenzverfahren am
505 Flughafen Berlin-Brandenburg. Bei der Durchführung der neuen Screening-Verfahren ist
506 sicherzustellen, dass die entscheidende Bewertung der Vulnerabilität von entsprechend
507 qualifiziertem Fachpersonal außerhalb der Sicherheitsbehörden durchgeführt wird.
508 Überprüfungen innerhalb des Hoheitsgebiets durch die Polizei Berlin dürfen nicht zu Racial
509 Profiling führen. Wir Grüne stehen für faire und individuelle Asylverfahren, den Schutz vor
510 Abschiebung in unsichere Drittstaaten und menschenwürdige Unterbringung. Das Konzept der
511 sicheren Drittstaaten und Herkunftsländer lehnen wir ab. Abschiebungen dürfen generell nur
512 in Ausnahmefällen erfolgen. Die Abschiebung in Krisen- und Konfliktregionen, wie nach
513 Afghanistan, Syrien oder Iran, ist inakzeptabel und muss beendet werden. Explizit stellen
514 wir uns gegen Abschiebehaft, insbesondere für Kinder, und die Trennung von Familien.

515 Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen ab Tag 1 ihrer Einreise eine unabhängige
516 Vertretung, die sie rechtlich vertritt und faktisch unterstützt und maximal 30 Minderjährige
517 betreut. Der Vorrang des Kindeswohles ist jederzeit sicherzustellen. Sie müssen in
518 Jugendhilfe- oder Clearingeinrichtungen mit pädagogisch geschultem Fachpersonal aufgenommen
519 werden. Hierzu setzen wir uns für eine Verstärkung und finanzielle Absicherung der
520 Fachstellen des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen ein.

521 Wir stehen zum Kirchenasyl als wichtiges Instrument, um in Ausnahmesituationen Menschen,
522 denen im Falle einer Abschiebung Leid drohen würde, schnell und unbürokratisch zu
523 unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Kirchenasyl von den Berliner Behörden
524 geachtet wird.

525 Ein prekärer Aufenthaltsstatus darf die Aufnahme einer Ausbildung, berufsvorbereitender
526 Maßnahmen, eines Studiums oder den Abschluss eines angebotenen Arbeitsvertrages nicht
527 verhindern. Abschiebungen während Ausbildungsvorbereitung, Ausbildung oder Studium müssen
528 für die gesamte Familie ausgeschlossen sein.

529 Gleichzeitig gilt: Wer nach individueller Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen
530 Voraussetzungen sowie ggf. nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat
531 und bei dem keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die
532 freiwillige Ausreise hat für uns Vorrang. Überlegungen wie das sogenannte Ruanda-Modell
533 lehnen wir strikt ab.

534 Wir setzen uns für die Wiederaufnahme des Berliner Landesaufnahmeprogramms für Geflüchtete
535 aus Syrien, dem Irak und Afghanistan ein und den Ausbau humanitärer Aufnahmeprogramme des
536 Bundes beispielsweise aus Afghanistan, Syrien, Irak und Gaza ein und nutzen zudem die

537 Spielräume des Landes, um die Aufnahme von Geflüchteten zu ermöglichen. So soll Berlin
538 Menschen aus UN-Programmen aufnehmen. Zudem möchten wir die Aufnahme von Personen, die von
539 Klimakatastrophen oder humanitären Notlagen betroffen sind, neu einführen. Außerdem möchten
540 wir den Familiennachzug als humanitäres Minimum und als Voraussetzung für Stabilität und
541 Schutz wieder ermöglichen. Zusammen mit anderen aufnahmebereiten Ländern und Kommunen in
542 Deutschland und Europa setzen wir uns dafür ein, dass solidarische und
543 menschenrechtsbasierte Ansätze in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik wieder
544 gestärkt werden. Auch auf Bundesebene setzen wir uns gegen Verschärfungen von Grund- und
545 Menschenrechten ein.

546 Solidarität muss praktisch sein - Gelder für die zivile Seenotrettung
547 zur Verfügung stellen

548 Das Mittelmeer ist eine der tödlichsten Grenzen weltweit. Tausende Menschen ertrinken jedes
549 Jahr auf ihrer Flucht oder werden unter Gewaltanwendung nach Libyen und Tunesien zurück
550 geschleppt. Die Anrainerstaaten aber auch die von Deutschland unterstützte und
551 mitfinanzierte EU-Grenzschutzagentur Frontex begehen Menschenrechtsverletzungen und
552 unterstützen Libysche Milizen bei ihren Verbrechen, anstatt ihren rechtlichen
553 Verpflichtungen nachzukommen. Die Bundesregierung hat die finanzielle Unterstützung der
554 zivilen Seenotrettung in diesem Jahr eingestellt. Die Kriminalisierung und Behinderung der
555 Seenotrettung nimmt leichtfertig den Tod von Menschen in Kauf. Wir stehen für eine
556 menschenrechtsbasierte Politik und ducken uns vor Verantwortung nicht weg. Deswegen treten
557 wir für die finanzielle Unterstützung der zivilen Seenotrettungsorganisationen ein und
558 werden unsere Stimmen im Bundesrat konsequent für den Schutz der zivilen Seenotrettung und
559 die Grundrechte flüchtender Menschen einsetzen.

560 4.4. Queere Sicherheit – Sichtbarkeit und Teilhabe 561 ausbauen

562 Unser Berlin ist, bleibt und wird mehr denn je die Hauptstadt der queeren Vielfalt – sicher,
563 sichtbar, solidarisch. Queere Menschen sollen in allen Bezirken frei von Angst leben,
564 uneingeschränkt teilhaben und ihre Rechte voll verwirklichen können. Vielfalt ist für uns
565 Bündnisgrüne selbstverständlich: von der Schule bis zur Pflege, von der Kultur bis zur
566 Verwaltung. Schutz vor Queerfeindlichkeit, gleichberechtigter Zugang zu
567 Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Arbeit sowie eine lebendige queere Kultur sollen fest
568 verankert sein. Dauerhafte Strukturen und ein starker politischer Rückhalt sollen dafür
569 sorgen, dass queeres Leben in Berlin nicht nur möglich, sondern selbstverständlich ist.

570 Wir Bündnisgrüne möchten queerfeindliche Übergriffe verhindern, lesbische Sichtbarkeit
571 erhöhen und queere Infrastruktur und queere Angebote für Regenbogenfamilien und inter*
572 nicht-binäre, trans* und agender Personen (FLINTA*) stärken. Zur queeren Vielfalt gehören
573 auch Queers, die weiteren marginalisierten Gruppen angehören. Auch sie sollen in Berlin und
574 seinen Safer Spaces sicher sein. Die Umsetzung der unter bündnisgrüner Beteiligung
575 eingeführten Berliner Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV) wollen wir
576 standardisieren und flächendeckend vorantreiben.

577 Queere Teilhabe und Infrastruktur flächendeckend stärken

578 Wir Grüne setzen uns für ein Berlin ein, in dem queere Menschen in allen Lebensbereichen
579 sichtbar, sicher und gleichberechtigt sind. Aktuell zeigt sich jedoch, dass Berlins queere

580 Infrastruktur mit ihren Empowermenträumen, Beratungsstrukturen, Projekten, Kulturorten und
581 Safer Spaces akut bedroht ist. Sei es durch gewaltvolle queerfeindliche Attacken, durch
582 Verdrängung in unseren Kiezen oder durch die ideologische Politik des schwarz-roten Senats,
583 die etwa die queere Bildungsarbeit komplett zerschlagen will. Wir treten dem entschieden
584 entgegen und werden die queere Infrastruktur verteidigen und dauerhaft sichern, langfristig
585 fördern und stärken. Wir setzen einen Aktionsplan gegen Verdrängung von
586 zivilgesellschaftlicher Infrastruktur und Safer Spaces in der ganzen Stadt auf. Das
587 Verschwinden queerer Orte wollen wir stoppen und neue schaffen. Hier nehmen wir verstärkt
588 auch Immobilien in Landes- und bezirklicher Hand in den Blick.

589 Wir wollen einheitliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Lesben, Schwule,
590 Bisexuelle, trans*,inter* und queere Menschen (LSBTIQ*) in allen Bezirken und in der ganzen
591 Stadt. Es darf nicht davon abhängen, wo man als LSBTIQ* in Berlin wohnt, um z. B.
592 Unterstützung beim Coming-out zu erhalten. In jedem Bezirk soll daher mindestens ein queerer
593 Ort in Form eines Zentrums, Jugendclubs oder Familienzentrums entstehen. Wir wollen
594 Queerbeauftragte in allen Bezirken und für sie eine gesetzliche Grundlage schaffen. Mit
595 Queer-Mainstreaming verankern wir queersensible Angebote in allen Einrichtungen. Wir sichern
596 flächendeckend queere Gesundheits- und Pflegeangebote und integrieren queere Perspektiven in
597 Studium und Ausbildung, insbesondere in den Sozial- und Gesundheitsberufen. Wir stärken die
598 Beratungsangebote für Regenbogenfamilien und wollen die Gründung eines weiteren
599 Regenbogenfamilienzentrums vorantreiben. Wir sorgen dafür, dass das Personal in Gerichten
600 und Jugendämtern geschult ist, um die Diskriminierung von Regenbogenfamilien abzubauen.
601 Insbesondere bei Regenbogenpflegefamilien braucht es hier zusätzliche Unterstützung. Auf
602 Bundesebene setzen wir uns für die längst überfällige Reform des Abstammungsrechts ein.

603 Wir Bündnisgrüne werden auch weiterhin die Aufmerksamkeit für lesbisches Leben und lesbische
604 Belange mit ganz konkreten Maßnahmen erhöhen. Darüber hinaus wollen wir Bi+-Personen und
605 ihre Strukturen gezielt unterstützen und werden dafür den Maßnahmenplan „Bi+“ entwickeln.
606 Ebenso bauen wir die Diskriminierung von trans*,inter*,nicht-binären und agender
607 Berliner*innen ab und bauen ihre Teilhabe in allen Bereichen aus. Wir fördern Anlauf- und
608 Beratungsstellen für mehrfach marginalisierte queere Gruppen wie z. B. queere Geflüchtete
609 oder von Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus betroffene Queers in allen Teilen der
610 Stadt. Wir stärken die Erinnerungskultur zum Thema queeres Leben und seine Gefährdung und
611 fördern queere Perspektiven im Kulturleben der Stadt. Wir setzen den Inklusionsfonds für
612 eine barrierefreie Community fort, sichern ihn langfristig und bauen ihn weiter aus. Damit
613 queere Menschen sich auch sicher an Orten der eigenen Community und im Nachtleben bewegen
614 können, entwickeln wir einen Maßnahmenplan für die Bekämpfung von Diskriminierung in diesen
615 Bereichen.

616 Insbesondere der israelbezogene Antisemitismus hat auch in Räumen der queeren Community
617 zugenommen. Auch hier braucht es in Zusammenarbeit mit Akteur*innen der Community
618 Aufklärung, Sensibilisierung, Prävention und klare Kante gegen jeden Antisemitismus, damit
619 die queere Community auch ein sicherer Ort für jüdische queere Menschen ist.

620 Gleichzeitig setzt sich Berlin auf Bundes- und EU-Ebene für die diskriminierungskritische
621 Reform von Gesetzen, z.B. für die rechtliche Anerkennung von familiären Instituten jenseits
622 der Ehe wie Verantwortungsgemeinschaften oder dem französischen PACS, den Schutz queerer
623 Rechte und internationale Solidarität ein – etwa durch die Verankerung geschlechtlicher und
624 sexueller Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes und ein verstärktes Engagement im
625 internationalen Rainbow Cities Network.

626 **Queerfeindlichkeit mit Bildung, Prävention und Schutz begegnen**

627 Queerfeindlichkeit hat in unserer Stadt drastisch zugenommen. Wir Grüne begegnen ihr mit
628 einem klaren Dreiklang aus Bildung, Prävention und besseren Schutzmaßnahmen. Dazu sichern
629 wir die Fachstellen für queere und intersektionale Bildung dauerhaft und bauen sie aus.
630 Unser Ziel: Alle Berliner Schüler*innen sollen jährlich Zugang zu queeren Bildungsangeboten
631 erhalten. Wir stärken Projekte, die aufklären, Vorurteile abbauen und Akzeptanz fördern. Wir
632 verbessern den Schutz queerer Einrichtungen, erhöhen die Polizeipräsenz bei akuten
633 Bedrohungslagen und schulen Polizei und Justiz für einen sensiblen Umgang. Allerdings wird
634 nur ein Bruchteil aller queerfeindlichen Übergriffe überhaupt angezeigt. Um das Ausmaß der
635 Gewalt gegen LSBTIQ* in Berlin erfassen und so wirksamere Maßnahmen zur Prävention und
636 Intervention ergreifen zu können, werden wir im Rahmen des „Berlin Monitor Queerfeindliche
637 Gewalt“ eine Dunkelfeldstudie zu queerfeindlichen Gewalttaten in Auftrag geben.
638 Vertrauensbildende Maßnahmen sollen die Anzeigebereitschaft erhöhen. Besonders entschieden
639 treten wir transfeindlicher Hetze und Gewalt entgegen, die zunehmend in der Mitte der
640 Gesellschaft angekommen ist.

641 **Queeres Leben fördern und sichern**

642 Die Berliner Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV) ist das zentrale
643 Instrument zur Förderung und Sicherung queeren Lebens in allen gesellschaftlichen
644 Handlungsfeldern. Damit sie diese Aufgabe auch in Zukunft erfüllen kann, wollen wir sie neu
645 denken und ihr einen Neustart verpassen. Sie soll zu einer umfassenden Gesamtstrategie
646 entwickelt werden. Wir erhöhen die Verbindlichkeit und setzen klare und nachprüfbar Ziele
647 und Aufgaben für alle Senatsverwaltungen. Die queeren Communities werden wir dauerhaft und
648 wirksam an der Konzeption, Weiterentwicklung und Umsetzung beteiligen. Die Bezirke werden
649 wir intensiver einbinden und ein starkes Steuerungsgremium zur Koordination einsetzen,
650 dessen Umsetzung transparent evaluiert wird.

651 **4.5. Gelebte Inklusion – Barrieren abbauen, Teilhabe** 652 **schaffen**

653 In Berlin leben über 333.000 Menschen mit einem anerkannten Grad der Behinderung (GdB) von
654 mindestens 50 Prozent – das ist fast jede zehnte Person. Darüber hinaus leben zahlreiche
655 Menschen in der Stadt, die einen GdB unter 50 haben und/oder nicht erfasst sind. Die Tendenz
656 ist in unserer alternden Gesellschaft steigend, da viele Behinderungen im Lebensverlauf
657 entstehen. Behinderungen resultieren aus der Wechselwirkung zwischen individuellen
658 Beeinträchtigungen und den Barrieren in Gesellschaft und Umwelt. Menschen mit Behinderungen
659 erleben zu oft (Mehrfach-)Diskriminierung und dass ihre Selbstbestimmung infrage gestellt
660 wird: im Rehabilitationsamt oder beim Jobcenter, beim Zugang zu Arbeit und Wohnen oder bei
661 sexuellen und reproduktiven Rechten. Wir Bündnisgrüne wollen am Abbau von Barrieren
662 arbeiten. Die beste Roadmap hierfür bietet die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Doch
663 Berlin hat bei deren Umsetzung noch einiges an Arbeit vor sich. Dazu gehört für uns auch
664 eine entsprechende Neugestaltung des Berliner Psychisch-Kranken-Gesetzes. Unser Ziel ist
665 eine Stadt, in der alle Menschen – ob mit oder ohne Behinderungen – gleichberechtigt an
666 Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport, Wohnen und Arbeit teilhaben können.

667 Inklusion koordinieren und stärken

668 Unser Ziel ist, dass Menschen mit Behinderungen in allen Fragen der Eingliederungshilfe
669 schnelle, kompetente und individuelle Beratung erhalten und bei anderen Bedarfen zuverlässig
670 weitervermittelt werden. Wir Grüne wollen die Bezirke dabei unterstützen, ihre
671 Koordinierungsstellen „Inklusion“ zu besetzen und regelmäßig verbindliche Aktionspläne für
672 die Inklusionsarbeit zu erstellen und zu realisieren. Gemeinsam mit den Bezirken soll der
673 Senat Zielvereinbarungen für die Teilhabefachdienste entwickeln, das Personal besser
674 qualifizieren und diese nach dem Prinzip einer „One-Stop-Agency“ ausbauen. Die Leistungen
675 müssen sich dabei immer am Bedarf und an der Lebenssituation der Menschen orientieren. Wir
676 wollen, dass alle Leistungen der Eingliederungshilfe wie aus einer Hand geleistet werden.
677 Dazu muss das Bundesteilhabegesetz endlich umgesetzt werden. Die Ausstellung des
678 Schwerbehindertenausweises wollen wir vereinfachen und beschleunigen. Behinderungen sind
679 vielfältig – wir wollen nicht sichtbare Behinderungen stärker ins Blickfeld rücken und
680 erarbeiten hierfür unter anderem eine Berliner Autismusstrategie. Wir wollen die
681 Behindertenbeiräte auf Landes- und Bezirksebene stärken, unter anderem durch das Recht,
682 Anträge an die jeweilige Verwaltung zu richten und zu relevanten Vorhaben Stellung zu
683 nehmen. Das Berliner Behindertenparlament möchten wir als ein Instrument der politischen
684 Teilhabe dauerhaft etablieren und auskömmlich finanzieren.

685 Bildung als Fundament für gleiche Chancen inklusiv gestalten

686 Es ist nicht hinnehmbar, dass derzeit circa 2.800 Kinder aufgrund von Behinderungen nicht
687 ordentlich oder gar nicht beschult werden. Exkludierende Systeme müssen vollständig abgebaut
688 und Inklusion in allen Schulen möglich gemacht werden. Multiprofessionelle Teams,
689 Schulassistenz sowie ergänzende Förderung und Betreuung in Grundschulen sichern gleiche
690 Bildungschancen und sorgen dafür, dass alle Schüler*innen einen Abschluss erreichen können.
691 Die Beförderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zur Schule muss
692 sichergestellt sein. Der Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf soll selbstbestimmt
693 erfolgen und durch gute Beratung und Begleitung unterstützt werden. Dafür wollen wir unter
694 anderem die Jugendberufsagentur inklusiver aufstellen.

695 Faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt fördern

696 Sondersysteme wie Werkstätten für Menschen mit Behinderungen oder Sonderschulen verhindern
697 häufig die Inklusion in reguläre Arbeit oder Ausbildung. Auf dem Arbeitsmarkt setzen wir
698 Grüne uns für eine angemessene Bezahlung von Menschen mit Behinderungen im ersten und
699 zweiten Arbeitsmarkt ein und treiben den Ausbau von Inklusionsunternehmen gezielt voran.
700 Unternehmen sollen darüber hinaus besser über Budgets für Ausbildung und Arbeit informiert
701 und bei der Nutzung unterstützt werden. Ergänzend werden wir das Landesprogramm „Ausbildung
702 inklusiv“ umsetzen, dessen Kernelemente eine Stiftung zur Förderung inklusiver Ausbildung,
703 die Stärkung der Jugendberufsagentur und der inklusive Umbau der Oberstufenzentren sind.
704 Zudem setzen wir uns für die Anerkennung und Refinanzierung des Tarifvertrags für Assistenz
705 im Arbeitgeber*innenmodell ein und erhöhen damit das selbstbestimmte Leben von Menschen mit
706 Behinderungen.

707 Barrierefreies und sicheres Wohnen ermöglichen

708 Berlin braucht mehr barrierefreien Wohnraum. Wir Bündnisgrüne wollen Barrierefreiheit im
709 Milieuschutz zulassen, wo es sinnvoll ist. Zudem fördern wir inklusive Wohnkonzepte wie

710 Clusterwohnungen, Mehrgenerationenhäuser oder gemeinschaftliches Wohnen, denn ein
711 vielfältiges Berlin darf nicht isoliert voneinander leben. In Wohneinrichtungen möchten wir
712 den Gewaltschutz verbessern, Frauenbeauftragte einsetzen und Beratungsangebote in Leichter
713 Sprache ausbauen. Frauenhäuser und Schutzwohnungen sollen barrierefreie Plätze vorhalten.
714 Außerdem entwickeln wir eine umfassende Strategie für Teilhabe und gegen Einsamkeit mit
715 inklusiven Begegnungsstätten in allen Kiezen. Politisches und ehrenamtliches Engagement von
716 Menschen mit Unterstützungsbedarf soll durch die Finanzierung von Assistenz im Ehrenamt
717 möglich gemacht werden. Für geflüchtete Menschen mit Behinderungen wollen wir sicherstellen,
718 dass sie frühzeitig identifiziert, bedarfsgerecht untergebracht und sprach- sowie
719 kultursensibel beraten werden.

720 Gesundheit barrierefrei und Sport inklusiv machen

721 Wir Grüne werden den Runden Tisch „Barrierefreie Stadt“ der Senatsverwaltungen für
722 Stadtentwicklung und Gesundheit reaktivieren, um Einrichtungen der Gesundheitsversorgung –
723 einschließlich Krankenhäusern – sukzessive barrierefrei umzubauen. Medizinische und
724 psychologische Fachkräfte sollen im Umgang mit besonders vulnerablen Gruppen geschult
725 werden. Die Erfahrungskompetenz von Menschen mit Behinderungen wollen wir durch die Stärkung
726 von Selbsthilfe sichtbarer machen.

727 Menschen mit Behinderungen haben das gleiche Recht auf Sport wie alle anderen – sowohl als
728 Sporttreibende wie auch als Besucher*innen. Sportstätten möchten wir sukzessive inklusiv
729 ertüchtigen, dazu gehören auch ungedeckte Typensporthallen und Schwimmbäder. Die Zahl
730 inklusiver Sportangebote wird erhöht, ebenso wie wohnortnahe, kostengünstige Angebote für
731 Rehasport.

732 Mobilität selbstbestimmt und sicher ermöglichen

733 Der ÖPNV soll für seh- und lernbeeinträchtigte Menschen selbstständig nutzbar sein – von
734 „sprechenden Fahrzeugen“ über barrierefreie BVG-Apps bis zu umgebauten Bus- und
735 Tramhaltestellen. Fahrstühle bei BVG und S-Bahn sollen zuverlässig funktionieren,
736 unterstützt durch eine Fahrstuhl- und Wartungsoffensive. Alternative Mobilitätsangebote wie
737 das Rufbusangebot Muva bleiben so lange erhalten, bis alle Stationen zuverlässig erreichbar
738 sind. Wir Grüne setzen auf vereinheitlichte Bezahlssysteme für Sonderfahrdienst und
739 Inklusionstaxi und streben zusätzlich zum Muva mindestens 250 Inklusionstaxis in Berlin an.
740 Die Ausweisung von Schwerbehindertenparkplätzen wollen wir vereinfachen und beschleunigen.

741 4.6. Ostdeutsche Perspektiven - sichtbar machen, einbeziehen und

742 stärken

743 "BÜNDNIS 90" im Namen unserer Partei verweist auf die ostdeutsche Bürgerrechts-, Umwelt- und
744 Demokratiebewegung der späten 1980er und frühen 1990er Jahre, die den friedlichen Umbruch
745 der DDR mitgetragen hat. Dieses Erbe ist für uns historischer Bezugspunkt und gelebter
746 politischer Anspruch. Für uns ist Berlin ein Ort, an dem wir zeigen müssen, dass
747 Zusammenwachsen auf Augenhöhe gelingen kann.

748
749 Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Mauersturz wirken unterschiedliche Erfahrungen von
750 Transformation, Anerkennung und Teilhabe bis heute fort. Bundesweit fehlt es weiterhin an
751 gleichwertiger wirtschaftlicher Teilhabe von Ostdeutschen sowie an ihrer fairen
752 Repräsentation in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsgremien.

753

754 Unser Ziel ist ein Berlin, das ostdeutsche Lebensrealitäten stärker als bisher anerkennt und
755 davon ausgehend gemeinsame Perspektiven entwickelt. Daher stärken wir Aufarbeitung und
756 Erinnerung und setzen uns für eine Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft sowie für
757 Chancengerechtigkeit und Teilhabe ein.

758 Diskurse und Aufarbeitung diversifizieren und stärken

759 Für uns Bündnisgrüne bleibt die Aufarbeitung der SED-Diktatur weiterhin unverzichtbar.
760 Erinnerungsorte wie das SEZ an der Landsberger Allee und die ehemalige Stasizentrale, die
761 jetzt den Campus für Demokratie beherbergt, möchten wir erhalten bzw. entwickeln.
762 Zugleich wollen wir die Nachwendezeit unserer Stadt stärker in den Blick nehmen: die
763 rechtsextreme Gewalt der Baseballschlägerjahre, die Auswirkungen von Treuhand und rapide
764 einsetzender Massenarbeitslosigkeit sowie der auch damit einhergehenden Abwertung von
765 Biographien. Ebenso wichtig ist es, die demokratischen Bestrebungen zwischen Mauersturz und
766 Beitritt sichtbar zu machen, z. B. die Runden Tische und Entwürfe für ein gesamtdeutsches
767 Miteinander. Sie zeigen auch eine Transformationskompetenz auf und geben Impulse für eine
768 gemeinsam gestaltete Zukunft.

769
770 Für diese Aufarbeitung und den Austausch möchten wir vielfältige Möglichkeiten nutzen:
771 Kultur, Medien, Wissenschaft und Forschung.

772 Demokratie stärken und Gesellschaft weiter zusammen führen

773 Wir fördern einen engen Austausch mit den osteuropäischen demokratischen Zivilgesellschaften
774 und Communities in Berlin, lernen von ihnen und unterstützen sie in ihren Kämpfen um
775 Demokratie.

776 Unter Menschen mit ostdeutschen Biographien verstärken sich teilweise Skepsis gegenüber
777 staatlichen Institutionen, geringeres zivilgesellschaftliches Engagement und Zustimmung zu
778 demokratiefeindlichen Kräften wechselseitig. Dem setzen wir eine aktive Stärkung von
779 Zivilgesellschaft und Ehrenamt entgegen, unter anderem durch Beteiligungsformate.
780 Demokratische Mitbestimmung soll so früh wie möglich beginnen: Kinder- und Jugendbeteiligung
781 soll flächendeckend gestärkt und gesetzlich vorgesehene Klassenräte ab Klasse 1 konsequent
782 umgesetzt werden.

783
784 Dem massiven Problem von zunehmender rechter Jugendgewalt gerade auch in den Ostberliner
785 Bezirken begegnen wir, indem wir Angebote der Prävention und der Demokratiebildung stärken
786 und die offene Jugendarbeit und Jugendfreizeiteinrichtungen als Alternativangebote
787 angemessen und langfristig finanziell ausstatten.

788 Förderung und Repräsentation stärken

789 Ostdeutsche Sozialisation ist ein soziales und biographisches Vielfaltsmerkmal. Sie umfasst
790 insbesondere Geburts- oder Wohnorte, biografische und intergenerationelle Prägungen sowie
791 Migrationsgeschichten, etwa die der sogenannten Vertragsarbeiter*innen. Wir wollen die
792 Berliner Datenlage zu Menschen mit ostdeutscher Sozialisation verbessern und dafür bewährte
793 Monitoringverfahren verwenden.

794
795 Vielfalt muss sich auch in Entscheidungspositionen widerspiegeln, doch ostdeutsche
796 Perspektiven sind hier weiterhin unterrepräsentiert. Das zeigt sich in der Wirtschaft, aber
797 auch in Behörden, landeseigenen Betrieben und öffentlichen Institutionen. Diese Schieflage

798 ist ein Verlust für die Stadt. Wir gestalten Karriere- und Entwicklungswege in der Verwaltung
799 transparenter und setzen uns für eine angemessene Repräsentation ostdeutscher Biographien
800 und Perspektiven in allen Bereichen ein.

801 Chancengerechtigkeit herstellen

802 Im Osten wird deutlich weniger vererbt, häufiger zur Miete gewohnt und im Durchschnitt
803 niedriger entlohnt. Menschen mit Ostsozialisation sind dadurch sowohl in der
804 Erbesgesellschaft als auch in der Leistungsgesellschaft benachteiligt. Wir setzen uns auch
805 darum auf Bundesebene für eine Reform der Erbschafts- und Vermögenssteuer ein. Eine Änderung
806 des Mietrechts zur Sicherung stabiler und bezahlbarer Mieten wirkt ebenfalls besonders im
807 Osten.

808
809 Wir kämpfen für gleiche, faire Löhne sowohl durch eine erhebliche Erhöhung des Mindestlohnes
810 auf Landes- wie Bundesebene sowie durch Erhöhung der Tarifbindung und unterstützen daher die
811 gewerkschaftliche Selbstorganisation und die Gründung von Betriebsräten.

812 4.7. Kampf gegen Rechtsextremismus – Demokratie 813 schützen

814 In Berlin leben wir eine wehrhafte, offene und vielfältige Demokratie. Alle Menschen sollen
815 hier frei leben, ihre Meinung äußern und sich engagieren können – ohne Angst vor
816 Einschüchterung, Hass oder Gewalt. Rechtsmotivierte Straftaten erreichen Höchststände und
817 bilden unter den politisch motivierten Straftaten mit Abstand die größte Gruppe.
818 Rechtsextreme Akteur*innen sind dabei online wie offline aktiv. BIPOC, Kulturschaffende,
819 Kommunalpolitiker*innen, Initiativen und Ehrenamtliche erleben Drohungen und Anfeindungen
820 und zunehmend auch körperliche Übergriffe. Rechtsextremismus ist ein Sicherheitsrisiko, für
821 unsere Demokratie und die Berliner*innen. Auch in Berlin kommt es nun zu vermehrten Attacken
822 und Übergriffe auf die queere Community – und zu rechtsextremen Störungsversuchen und
823 Gegenprotesten beim CSD und Marzahn Pride. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
824 treten wir Bündnisgrüne entschlossen und auf allen Ebenen entgegen. Wir setzen uns für eine
825 starke Prävention, konsequente Strafverfolgung und den Schutz von Betroffenen ein. Staat,
826 Zivilgesellschaft, Bildung, Medien und Justiz müssen dabei an einem Strang ziehen. Wir
827 fördern eine demokratische Kultur, in der Vielfalt geachtet wird, Fakten geschützt werden
828 und solidarisches Handeln gestärkt wird – in Berlin, im Netz und auf der Straße. Unser Ziel:
829 eine Stadt, in der rechtsextreme Ideologien keinen Nährboden finden und demokratische
830 Teilhabe für alle gesichert ist.

831 Rechtsextremismus frühzeitig vorbeugen

832 Wir Grüne erweitern das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
833 sowie die Landeskommision gegen Gewalt, um die Arbeit gegen Rechtsextremismus nachhaltig zu
834 sichern und weiterzuentwickeln. Ziel ist es, Radikalisierung, besonders im Netz, und die
835 Verjüngung gewaltbereiter Gruppen wirksam zu bekämpfen. Die Senatsbildungsverwaltung muss in
836 enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Expert*innen gewährleisten, dass
837 Bildungseinrichtungen die Gefahren des Rechtsextremismus aufgreifen und im Umgang mit
838 rechtsextremen Ideologien professionell unterstützt werden, um Radikalisierung vorzubeugen.
839 Denn Kinder und Jugendliche rücken zunehmend als Zielgruppe rechtsextremer Rekrutierung in
840 den Fokus. Daher bauen wir digitale Präventionsangebote wie spezialisierte Digital
841 Streetwork aus und fördern in allen Altersgruppen Medienkompetenz, um Desinformation und

842 Hass frühzeitig zu erkennen. Social-Media-Plattformen wie Instagram und TikTok müssen ihrer
843 Verantwortung nachkommen und entsprechende Inhalte löschen. Präventionsprojekte an Schulen
844 sichern wir dauerhaft und machen den Umgang mit Rechtsextremismus zu einem verpflichtenden
845 Teil der Ausbildung des pädagogischen Fachpersonals (Lehrkräfte, Erzieher*innen etc.).

846 Ebenso sollen die pädagogischen Fachkräfte regelmäßig Fort- und Weiterbildungen absolvieren.
847 Jeder Vorfall an Schulen muss ernst genommen und konsequent aufgearbeitet werden. Kinder-
848 und Jugendfreizeiteinrichtungen stärken wir im Umgang mit rechtsextremen Einstellungen. Mit
849 einem ressortübergreifenden Sicherheitsgipfel aus Land und Bezirken, werden wir gegen die
850 Zunahme rechtsextremer Jugendgewalt vorgehen.

851 Betroffene rechter Gewalt wirksam schützen

852 Die Zahl rechtsmotivierter Straf- und Gewalttaten ist in den letzten Jahren drastisch
853 gestiegen. Betroffene rechter Gewalt müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Fälle
854 ernst genommen, als politische motivierte Straftaten erfasst, zügig aufgeklärt und ohne
855 weitere Viktimisierung bearbeitet werden. Dafür braucht es stärkere Informations- und
856 Beratungsangebote, vereinfachte Melderegister-Sperrungen, gut finanzierte
857 Monitoringstrukturen und Registerstellen. Ziel ist es, dass jeder Vorfall und jede Anzeige
858 ernst genommen, jeder Angriff aufgeklärt und jede Bedrohung wirksam abgewehrt wird. Wir
859 stärken Opferberatungsstellen sowie zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich gegen
860 rechtsextreme Bedrohungen einsetzen oder Ziel von rechtsextremen Angriffen und
861 Diffamierungskampagnen werden. Polizei und Justiz müssen rechte Straftaten schnell erkennen,
862 konsequent verfolgen und Betroffene transparent über ihre Handlungsoptionen sowie die
863 Ermittlungsschritte informieren. Dazu gehören gut geschulte und sensibilisierte Polizei und
864 Staatsanwaltschaften, ein effizient arbeitender Staatsschutz sowie die konsequente
865 Vollstreckung offener Haftbefehle gegen rechtsextreme Täter*innen.

866 Rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgen

867 Wir Bündnisgrüne wollen, dass rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgt und Betroffene
868 wirksam geschützt werden. Polizei und Justiz müssen rechtsextreme Gewalt schnell erkennen,
869 korrekt einordnen und zügig strafrechtlich ahnden – auch bei vermeintlich geringfügigen
870 Delikten. Dazu stärken wir den Staatsschutz, schulen Staatsanwaltschaften regelmäßig zu
871 aktuellen Entwicklungen und vollstrecken offene Haftbefehle konsequent.

872 Rechtsextremist*innen, Reichsbürger*innen und Verschwörungsideolog*innen müssen systematisch
873 zum Schutz der gesamten Gesellschaft entwapnet werden. Aber auch im Internet gehen wir
874 entschieden gegen Hass und Hetze vor und stärken Beratungsstrukturen für Betroffene. Eine
875 zentrale Meldestelle für digitale Gewalt soll als Kompetenzzentrum fungieren, Meldungen
876 aufnehmen und die Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden koordinieren. Wir wollen den
877 öffentlichen Dienst, insbesondere Stellen in sensiblen oder sicherheitsrelevanten Bereichen,
878 vor Rechtsextremist*innen schützen. Dazu werden wir interne Beschwerde- und Meldestrukturen
879 verbessern und ausbauen. Disziplinarverfahren gegen Verfassungsfeinde im Staatsdienst müssen
880 konsequent durchgeführt werden.

881 4.8. Berlin ist Kultur - Kulturmetropole stärken

882 Die Kulturmetropole Berlin ist einzigartig: Keine andere Stadt hat eine so attraktive,
883 vielfältige und zugleich dynamische Kunst- und Kulturlandschaft. Sie ist das Zuhause von
884 Hunderttausenden von Künstler*innen und Kreativen und auch deshalb ein Magnet für Menschen

885 aus aller Welt. Hier entsteht ständig etwas Neues, gehen gesellschaftliche Entwicklungen und
886 individuelle Entfaltung, globaler Austausch und künstlerische Innovation Hand in Hand. Es
887 ist heute wichtiger denn je, dass wir diese Kulturangebote und Kulturorte haben, denn sie
888 verhandeln und treiben gesellschaftliche Entwicklungen und schaffen Räume, in denen Menschen
889 zusammenkommen. Wir brauchen diese Angebote in der ganzen Stadt, in den Kiezen und auf den
890 großen Bühnen, in den kleinen Galerien und in den großen Museen; hinzu kommt der Bedarf an
891 kulturellen Bildungsangeboten für die ganz Kleinen und für die Großen. Kultur ist die Basis
892 für Berlins Identität und internationale Ausstrahlung, aber auch für einen bedeutenden Teil
893 der Wertschöpfung und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt.

894 Berlin ist Kultur: Unter diesem Motto hat sich im Winter 2024/25 ein breites Bündnis aus
895 Kunst- und Kulturschaffenden, ihren Verbänden sowie öffentlichen und privaten
896 Kultureinrichtungen gegründet. Ziel ist es, gegen die verheerenden Kürzungen der schwarz-
897 roten Koalition zu protestieren. Wir Bündnisgrüne stehen an ihrer Seite – bei der
898 Verteidigung der Kunstfreiheit und der Unabhängigkeit öffentlicher Kultureinrichtungen. Beim
899 Kampf für eine gute kulturelle Grundversorgung in der ganzen Stadt, die Kulturelle Bildung
900 und Teilhabe aller Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel oder ihrer Herkunft
901 sicherstellt. Und bei der berechtigten Forderung, dass Kulturarbeit endlich angemessen
902 entlohnt wird und nicht mehr automatisch mit prekärer Beschäftigung und Altersarmut
903 einhergeht. Gerade im Musik-, Film- und Medienbereich werden diese prekären
904 Arbeitsbedingungen durch die wachsende Abhängigkeit von wenigen globalen Plattformen,
905 intransparenten Algorithmen und unfairen Verwertungspraktiken verschärft. Gemeinsam mit der
906 Kulturszene streiten wir deshalb auch für ein Berliner Kulturfördergesetz.

907 Kulturförderung gerecht, transparent und zukunftsfähig gestalten

908 Wir werden ein Kulturfördergesetz auf den Weg bringen, das die Berliner Kunst- und
909 Kulturlandschaft langfristig absichert. Dabei möchten wir in enger Zusammenarbeit mit der
910 städtischen Kulturszene, ihren Verbänden und Akteur*innen auch neue Wege beschreiten, damit
911 öffentliche Kulturförderung künftig gerechter, nachhaltiger und zukunftsfähiger wird: etwa
912 durch eine Flexibilisierung und Vereinfachung des Zuwendungsrechts, die gezieltere Förderung
913 einzelner Sparten und des künstlerischen Nachwuchses sowie durch mehr Interdisziplinarität
914 und ressortübergreifende Zusammenarbeit – gerade mit der Kreativwirtschaft, der Kulturellen
915 Bildung und Urbanen Praxis. Auch die Kulturpolitik selbst muss kollaborativer und
916 transparenter werden: durch den verstärkten Einsatz von unabhängigen Auswahlgremien – wie
917 Fachjursys und Findungskommissionen – sowie durch transparente Ausschreibungs- und
918 Auswahlverfahren, vor allem bei der Besetzung von Spitzenpositionen großer
919 Kulturinstitutionen.

920 Wir Grüne setzen uns für verbindliche Mindesthonorare und -gagen ein und wollen gemeinsam
921 Wege finden, steigende Tarif- und Betriebskosten zu refinanzieren, auch in der
922 Projektförderung. Denn Berlins Kulturbetriebe brauchen nach dem Haushaltschaos der letzten
923 Jahre endlich wieder Planungssicherheit. Die Freie Szene möchten wir stärken, sie ist mit
924 ihren kleinen Spielstätten, Projekträumen und Veranstaltungsorten ein essenzieller
925 Bestandteil des Kulturangebots – in der Breite wie in der Spitze. Dafür setzen wir adäquate
926 Einnahmen aus der City Tax ein: Wenn ein Großteil der Tourist*innen wegen unserer
927 Kulturszene nach Berlin kommt, muss sie auch adäquat davon profitieren dürfen!

928 Kreative Räume in der Stadtentwicklung verankern

929 Berlins Status als Kulturmetropole gründet auf der einzigartigen Mischung aus Ateliers und
930 Proberäumen, den vielen Aufführungs- und Präsentationsorten wie Theatern und Museen, sowie

931 den Clubs und urbanen Freiräumen. Doch viele Künstler*innen, Kreative und Kulturbetriebe
 932 sind massiv gefährdet durch steigende Wohn- und Gewerbemieten, Immobilienspekulation und
 933 Verdrängung. Deshalb wollen wir die drastischen Kürzungen beim Arbeitsraumprogramm
 934 rückgängig machen und dieses zugleich reformieren: Neben einer generellen Ausweitung des
 935 Raumangebots braucht es eine bessere Berücksichtigung aller künstlerischen Sparten und die
 936 Einführung neuer Fördermodelle, die auch historisch gewachsenen Strukturen und örtlichen
 937 Besonderheiten gerecht werden. Dabei setzen wir vor allem auf die kulturelle Nutzung und
 938 Nachnutzung öffentlicher Immobilien, strategische Ankäufe und die Schaffung zusätzlicher
 939 Kulturräume bei der Entwicklung neuer Stadtquartiere: Kulturorte und -angebote sind ein
 940 integraler Bestandteil der Daseinsvorsorge und öffentlichen Infrastruktur und müssen daher
 941 in der Stadtentwicklungs- und Liegenschaftspolitik auch endlich entsprechend berücksichtigt
 942 werden. Wir Bündnisgrüne machen Schluss mit der Vergabe von Landesimmobilien unter der Hand
 943 an private Investor*innen wie im Fall der Alten Münze und sorgen dafür, dass Kultur bei der
 944 Entwicklung von so wichtigen Orten wie den ehemaligen Flughäfen Tempelhof und Tegel, dem ICC
 945 und Molkenmarkt oder der Nalepastraße nicht aus dem Blick gerät. Gleichzeitig unterstützen
 946 wir die Pläne der Spartenverbände für ein House of Jazz / Zentrum für Improvisationsmusik
 947 sowie für ein Haus für Tanz und Choreografie.

948 Mit dem Ausbau des Kulturkatasters, einem Stadtentwicklungsplan „Kultur“ und neuen
 949 Beteiligungsgremien schaffen wir die notwendige Transparenz und Planungssicherheit – und mit
 950 der kostenfreien Überlassung von öffentlichen Dienstgebäuden die Möglichkeit, geeignete
 951 Räumlichkeiten temporär auch für kulturelle Zwecke zu nutzen.

952 Vielfalt, Gleichstellung und Schutz vor Machtmissbrauch stärken

953 Frauen und Menschen, die finanziell benachteiligt sind, sowie Menschen mit Behinderungen und
 954 BIPOC sind in weiten Teilen des Kulturbetriebs immer noch unterrepräsentiert, das gilt
 955 insbesondere für Leitungspositionen. Damit das anders wird setzen wir auf fachliche
 956 Standards, wie Geschlechterparität und divers besetzte Jurys, die Förderung von Vorhaben wie
 957 FairStage, ProQuote und dem Spielplan „Audiodeskription“ sowie die Ausweitung der Arbeit von
 958 Diversity Arts Culture und des barrierefreien Umbaus der öffentlichen Kultureinrichtungen.
 959 Um Machtmissbrauch zu bekämpfen und vorzubeugen, werden wir das bereits vorliegende Konzept
 960 für eine zentrale Beschwerdestelle nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
 961 umsetzen und die öffentlichen Kulturbetriebe dabei unterstützen, proaktiv gegen Fälle von
 962 MeToo und Diskriminierung vorzugehen.

963 Klimaneutrale Kultur voranbringen

964 Wenn Berlin klimaneutral werden soll, muss es auch sein Kulturbetrieb werden. Das gilt
 965 insbesondere für die großen Emittenten von Treibhausgasen.

966 Dafür entwickeln wir in Kooperation mit der Green-Culture-Anlaufstelle des Bundes Strukturen
 967 und Programme auch auf Landesebene, etwa für mehr Energieeffizienz in Berlins öffentlichen
 968 Kulturimmobilien, die Wiederverwendung von Kulissen und sonstigen Bühnenmaterialien oder
 969 eine bessere Klimabilanz im Gastspielbetrieb oder bei Großveranstaltungen.

970 Kulturelle Bildung für alle zugänglich machen

971 Im Mittelpunkt unserer Kulturpolitik steht die kulturelle Teilhabe aller Menschen. Wir
 972 wissen, dass auch unsere Kulturlandschaft noch einen langen Weg vor sich hat, um wirklich
 973 inklusiv zu sein. Das wollen wir ändern, gemeinsam mit der Berliner Kulturszene. Dies

974 beginnt mit guter Kultureller Bildung für alle und in den Bezirken. Wir Grüne stehen für
975 eine entsprechende Grundversorgung mit Stadtteilbibliotheken, Musik- und Jugendkunstschulen,
976 Kommunalen Galerien und Kinder- und Jugendtheatern. Wir wollen bezahlbare Kulturangebote in
977 allen Teilen der Stadt und gerade auch außerhalb des S-Bahn-Rings. Wir stehen zu dem
978 Versprechen, die maroden Standorte der Zentralen Landesbibliothek endlich unter einem
979 modernen Dach zusammenzuführen und als meistbesuchte Kultur- und Bildungseinrichtung der
980 Stadt zu einem echten Dritten Ort zu machen. Wir stärken die Musikschulen, indem wir endlich
981 die geltende Rechtsprechung umsetzen und aus Honorar- Festanstellungen machen. Und wir
982 stärken Berlins kleine Kinder-, Jugend- und Puppentheater – damit kurze Beine auch nur kurze
983 Wege zurücklegen müssen, um Kultur kennenzulernen. Wir möchten, dass Berliner Schüler*innen
984 mindestens viermal im Jahr eine Kultureinrichtung besuchen können.

985 Es ist gut, dass Vermittlungsangebote und Outreach-Programme ein fester Bestandteil der
986 Berliner Kultur- und Bildungslandschaft sind. Wir wollen, dass Kulturelle Bildung ein
987 integraler Bestandteil aller öffentlich geförderten Kultureinrichtungen wird und dies im
988 neuen Kulturfördergesetz verankern. Zur besseren Verzahnung der Kultur- und Bildungspolitik
989 entwickeln wir das Rahmenkonzept Kulturelle Bildung weiter und setzen die Empfehlungen des
990 Rundes Tisches für eine bessere Kooperation zwischen Kultureinrichtungen, Schulen und Kita
991 um. Zusätzlich werden wir den Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung ausbauen und die
992 Unabhängigkeit der Fachjury wieder stärken: Eingriffe in deren Arbeit, wie seitens der CDU,
993 lehnen wir strikt ab.

994 Kulturelle Teilhabe kostenfrei ermöglichen

995 Nicht nur junge Menschen stoßen schnell an Grenzen, wenn es um die Bezahlbarkeit von Kultur
996 geht. Wir Bündnisgrüne wollen, dass kulturelle Teilhabe keine finanzielle Frage ist, sondern
997 allen Berliner*innen offensteht. Deshalb wollen wir den kostenfreien Museumssonntag wieder
998 einführen und schrittweise ausweiten: Langfristig sollten nicht nur Bezirksmuseen und
999 kommunale Galerien keinen Eintritt kosten, sondern auch die Dauerausstellungen der
1000 Landesmuseen. Wir investieren in die nötige Ausstattung öffentlicher Veranstaltungsorte,
1001 weiten eintrittsfreie Open-Air-Formate aus und fördern öffentliche Veranstaltungen wie die
1002 Fête de la Musique und den Karneval der Kulturen stärker. Da der Bund den KulturPass für
1003 junge Erwachsene gestrichen hat, wollen wir ein alternatives Angebot durch das Land Berlin
1004 entwickeln.

1005 Erinnerungskultur leben und koloniale Vergangenheit aufarbeiten

1006 Erinnerungskultur wächst in einer demokratischen Gesellschaft von unten. Wir Grüne
1007 unterstützen Einrichtungen und Initiativen, die unsere gemeinsame Geschichte sichtbar
1008 machen: vom Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus , die Aufarbeitung der SED-
1009 Diktatur und von kolonialem Unrecht, über die Erinnerung an sexualisierte Gewalt gegen
1010 Frauen in Kriegen und die Umbrüche der Nachwendzeit, bis hin zu einer Erinnerungskultur in
1011 der modernen Einwanderungsgesellschaft. Zur Sicherung der queeren Geschichte und der
1012 Diskriminierungsgeschichte von LSBTIQ* in unserer Stadt unterstützen wir neben der wichtigen
1013 Arbeit des Schwulen Museums auch die Einrichtung eines queerfeministischen Archivzentrums.
1014 Wir sichern die Arbeit der Gedenkstätten, fördern ihre historische Bildungsarbeit und
1015 verteidigen sie gegen alle Angriffe und politischen Missbrauch von außen. Gemeinsam mit dem
1016 Bund werden wir den Ausbau der ehemaligen Stasi-Zentrale zu einem Campus für Demokratie
1017 weiter vorantreiben. Wir verurteilen entschieden den nationalistischen und revanchistischen
1018 Missbrauch von historischen Denk- und Ehrenmalen wie sie etwa an sowjetischen
1019 Kriegsdenkmälern und Friedhöfen stattgefunden haben. Dort, wo es mit Blick auf die

1020 zeitgenössische Forschungslage und Erinnerungskultur erforderlich ist, wollen wir
1021 historische Denk- und Ehrenmale angemessen kontextualisieren.

1022
1023 Das von uns initiierte und von der Zivilgesellschaft erarbeitete gesamtstädtische
1024 Erinnerungskonzept „Kolonialismus erinnern“ wollen wir schrittweise umsetzen, einschließlich
1025 eines zentralen Lern- und Erinnerungsortes. Die Aufarbeitung von Berlins kolonialer
1026 Vergangenheit werden wir konsequent fortführen, indem wir die Koordinierungsstelle
1027 „Decolonize Berlin“ stärken und die Provenienzforschung zu den Beständen der Berliner Museen
1028 und Sammlungen sowie in der wissenschaftlichen Forschung an den Hochschulen ausweiten. Wir
1029 erleichtern die Rückgabe von Raubkunst und menschlichen Gebeinen sowie die Umbenennung von
1030 Straßennamen mit kolonialen, rassistischen und antisemitischen Bezügen. Und wir machen die
1031 verlängerte UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin sichtbar, etwa indem wir
1032 entsprechende zivilgesellschaftliche Aktivitäten gezielt fördern und in der öffentlichen
1033 Verwaltung auch strukturell verankern. Der Städtepartnerschaft mit Windhoek kommt hier eine
1034 besondere Bedeutung zu. Berlin trägt eine historische Verantwortung für den Genozid an den
1035 Herero und Nama. Im Sinne einer dekolonialen Perspektive werden wir die Städtepartnerschaft
1036 ausbauen und insbesondere den zivilgesellschaftlichen Austausch verstärken.

1037 4.9. Presse und Medien – unabhängig, qualitativ und 1038 zukunftsfest

1039 Berlin hat das Zeug, zu einer der wichtigsten Medienmetropolen des Kontinents zu werden. Die
1040 Vielfalt, Unabhängigkeit und Qualität von Journalismus sind zugleich ein Grundpfeiler
1041 unserer Demokratie. Wir Bündnisgrüne wollen, dass unsere Stadt ein Safer Space für
1042 Medienschaffende und Journalist*innen aus aller Welt bleibt. Zugleich muss der
1043 gesellschaftliche Wert von Journalismus auch Ausdruck finden in einer fairen und
1044 angemessenen Bezahlung der Beschäftigten. Wir investieren in ihre Ausbildung und die
1045 allgemeine Medienkompetenz, stärken die Attraktivität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
1046 und fördern gezielt die hiesige Filmbranche und Kinolandschaft.

1047 Dabei stellen wir uns auch den Herausforderungen, mit denen unsere Gesellschaft und
1048 Medienlandschaft konfrontiert wird: Neue Medien und verändertes Mediennutzungsverhalten,
1049 politisch motivierte Angriffe auf die Pressefreiheit, Desinformation und Hatespeech sowie
1050 die zunehmende Monopolbildung und Abhängigkeit in der globalen Plattform-Ökonomie. Der
1051 vermehrte Einsatz von Künstlicher Intelligenz, zunehmend prekäre Einkommensverhältnisse und
1052 die Aushöhlung journalistischer Standards erhöhen ebenfalls den Druck auf Medienschaffende.

1053 Pressefreiheit schützen und Medien stärken

1054 Die Pressefreiheit ist ein hohes Gut – wir Bündnisgrüne möchten sie mit aller Kraft
1055 verteidigen. Investigative Recherche und Faktenchecks wollen wir insbesondere durch die
1056 Stärkung von Informationsrechten unterstützen. Wir beobachten mit Sorge, dass
1057 Journalist*innen und Medienschaffende nicht nur angegriffen, sondern auch durch politisch
1058 motivierte Klagen eingeschüchtert werden und wollen sie davor schützen. Wir setzen uns für
1059 selbstorganisierte Orte und Netzwerke ein, die exilierten und lokalen Journalist*innen
1060 ermöglichen, ihre unersetzliche Arbeit fortzusetzen und davon in Berlin leben zu können. Wir
1061 machen uns stark für eine bessere, flächendeckende, soziale Absicherung und faire,
1062 wirtschaftliche Teilhabe von Medienschaffenden. Wir wollen, dass diese von den Umsätzen und
1063 Erlösen ihrer Tätigkeit angemessen profitieren – etwa durch eine Stärkung ihrer

1064 Persönlichkeits- und Urheberrechte sowie eine erleichterte Einbindung in die
1065 Sozialversicherungssysteme.

1066 Wir stehen für einen attraktiven und unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Deshalb
1067 werden wir den begonnenen Reformprozess weiterhin konstruktiv-kritisch begleiten. Neben mehr
1068 Transparenz, einer vielfältigen und diversen Besetzung von Leitungspositionen und Gremien,
1069 einer soliden Finanzierung und fairen Arbeitsbedingungen braucht es einen Hauptstadtseher
1070 rbb, dessen Informations- und Unterhaltungsformate der Vielfalt Berlins und seines Umlandes
1071 wirklich gerecht werden. Das alles ist auch eine Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz in
1072 einer Zeit, in der antidemokratische Kräfte gezielt versuchen, die Integrität und
1073 Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu untergraben. Wir stärken einen
1074 vielfältigen, unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der unabhängige Informationen
1075 bietet und die freie Meinungsbildung fördert.

1076 Urheber*innen angemessen an Gewinnen beteiligen

1077 Wir werden Geschäftsmodelle, die auf der unentgeltlichen Nutzung unseres kulturellen Erbes
1078 und kreativer Arbeit beruhen, bekämpfen. Es darf nicht sein, dass auf der einen Seite
1079 multimilliardenschwere Konzerne entstehen und Rekordgewinne erwirtschaften, während es sich
1080 die Kreativen nicht mehr leisten können in Berlin zu leben. Künstliche Intelligenz
1081 beschleunigt diese Entwicklungen – und rüttelt an der Identität Berlins. Wir wollen
1082 verhindern, dass Wirtschaftsinteressen unsere Kultur- und Medienlandschaft zerstören.

1083 Film- und Kinoförderung weiterentwickeln

1084 Die Bedeutung des Films für Berlin ist enorm. Studios, Sender, Produktionsfirmen und
1085 Plattformen sowie die Vielzahl an Beschäftigten und Dienstleister*innen sind ein wichtiger
1086 Teil der städtischen Wertschöpfung und der kreativen Infrastruktur. Gleichzeitig steht die
1087 Filmstadt Berlin vor der Herausforderung, wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit, faire
1088 Entlohnung sowie künstlerische und technologische Innovationen gleichermaßen zu
1089 gewährleisten. Deshalb wollen wir Bündnisgrüne die bestehenden Fördersysteme
1090 weiterentwickeln. Wir möchten Frauen, Ostdeutsche und BIPoC in der Filmförderung stärken,
1091 denn ihre Perspektiven sind nach wie vor unterrepräsentiert. Neben mehr Transparenz, der
1092 Stärkung der VFX-Förderung, verbindlichen sozialen Mindeststandards und der Qualifizierung
1093 der Auswahlverfahren liegt unser Fokus auf der Nachwuchsförderung und einer zeitgemäßen
1094 Ausbildungslandschaft. Das gilt gleichermaßen für die Förderung von Filmfestivals: Wir
1095 wollen vor allem die kleinen, innovativen Formate als Schaufenster stärken und besser
1096 miteinander vernetzen. Auch Kinos sind Kulturorte und für die Präsentation, Pflege und
1097 Bewahrung unseres visuellen Kulturerbes unerlässlich. Wir wollen sie deshalb nach
1098 Möglichkeit flächendeckend erhalten und die neue Kinoförderung dabei stärker an den
1099 Bedürfnissen der Programmkinos mit kuratierten Programmen sowie an Kriterien wie
1100 Dezentralität und Teilhabe ausrichten.

1101 4.10. Religion und Weltanschauung – vielfältig, 1102 tolerant und miteinander

1103 Berlin zeichnet sich auch durch seine religiöse und weltanschauliche Vielfalt aus. Wir
1104 Bündnisgrüne verteidigen die im Grundgesetz verankerte Religions- und
1105 Weltanschauungsfreiheit. Genauso unterstützen wir die Freiheit aller Menschen, die keiner
1106 Religion oder Weltanschauung angehören. Kirchen, Synagogen, Moscheen, Tempel und weitere

1107 religiöse Einrichtungen sind wichtige Orte, in denen sich Menschen milieuübergreifend
 1108 wertorientiert begegnen. Sie bilden für viele Menschen in Berlin ein verlässliches soziales
 1109 Netz und sind genau wie ihre sozialen Träger wichtig für den sozialen Zusammenhalt.

1110 In Zeiten, in denen einzelne Glaubensgemeinschaften vermehrt zur Zielscheibe von Hass,
 1111 Gewalt und Intoleranz werden, stehen wir an ihrer Seite. Zudem schützen wir die
 1112 Einrichtungen, Veranstaltungen und die öffentliche Sichtbarkeit der Religions- und
 1113 Weltanschauungsgemeinschaften und fördern ihren Dialog untereinander: etwa durch den Erhalt
 1114 und Ausbau von Gemeinwesenzentren als wichtigen soziokulturellen Anlauf- und
 1115 Beratungsstellen vor Ort. Vorhaben wie Mehr-Religionen-Kitas unterstützen wir. Wir halten am
 1116 Berliner Modell des freiwilligen Religions- und Weltanschauungsunterrichts an Berliner
 1117 Schulen fest, wollen ihn stärken und für bessere Rahmenbedingungen sorgen. Eine Abwicklung
 1118 dieses Berliner Modells lehnen wir ab. Die katholische Theologie ist zwischenzeitlich an der
 1119 Humboldt-Universität abgesichert; wir setzen uns dafür ein, dass auch die Alevitische
 1120 Gemeinde zu Berlin als anerkannte Glaubensgemeinschaft dort einen eigenen Lehrstuhl erhält,
 1121 um die Ausbildung von Lehrkräften für den alevitischen Religionsunterricht auf ein solides
 1122 akademisches Fundament zu stellen. Wir setzen uns für die Sichtbarkeit alevitischen Lebens
 1123 in Berlin ein und für die Förderung ehrenamtlicher Strukturen in alevitischen Gemeinden.
 1124 Gleichzeitig machen wir uns dafür stark, dass Berlin die Staatsleistungen an die Kirchen
 1125 abschaffen kann, indem der Bund die Grundlage dafür schafft. Wir wollen das
 1126 Kirchenaustrittsgesetz Berlin dahingehend ändern, dass für die austretenden
 1127 Kirchenmitglieder keine Kosten anfallen. Wir streben an, dass künftig Kirchenaustritte auch
 1128 im Online-Verfahren möglich sind.

1129 Religionsausübung gleichberechtigt ermöglichen

1130 Wir Grüne wollen es allen Menschen ermöglichen, ihre religiösen und weltanschaulichen
 1131 Überzeugungen öffentlich und ohne Benachteiligung gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften
 1132 leben zu können. Gleichzeitig streiten wir für die Rechte derer, die keiner Religion oder
 1133 Weltanschauung (mehr) angehören wollen.

1134 Ob Hijab, Kippa, Turban oder andere religiöse Symbole: Berlins Vielfalt muss auch im
 1135 öffentlichen Dienst sichtbar sein. Deshalb folgen wir beim Neutralitätsgesetz der
 1136 langjährigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und schaffen es endlich ab. Wir
 1137 ändern das Ladenschlussgesetz zugunsten jüdischer Geschäfte mit koscheren Lebensmitteln,
 1138 damit sie auch an Sonntagen anstelle von Samstagen öffnen können. Und wir stärken den Schutz
 1139 jüdischer und muslimischer Feiertage. Auch bei der Telefon- oder Gefängnisseelsorge darf der
 1140 Glaube keinen Unterschied machen: Kürzungen zulasten einzelner religiöser Gruppen sind
 1141 nicht weiter hinnehmbar. Außerdem liberalisieren wir die gesetzlichen Vorgaben bei
 1142 Bestattungen, damit religiöse wie nicht-religiöse Menschen ihre Angehörigen so bestatten
 1143 lassen können, wie es ihren eigenen Vorstellungen oder den Vorschriften ihrer
 1144 Religionsgemeinschaft entspricht. Staatsakte und Veranstaltungen im Rahmen der
 1145 Erinnerungskultur sind noch immer geprägt von religiösen Gemeinschaften, insbesondere den
 1146 beiden großen christlichen Kirchen. Berlin sollte jedoch im Rahmen eines breiten
 1147 zivilgesellschaftlichen Dialogs neue Formen von Gedenkveranstaltungen entwickeln, die der
 1148 kulturellen Vielfalt unserer Stadt besser gerecht werden.

1149 Interreligiösen Dialog und Gemeinwesenzentren fördern

1150 Wir Grüne unterstützen den Dialog der verschiedenen Glaubensgemeinschaften und
 1151 interreligiöse Formen des Gedenkens. Es braucht Orte, in denen sich Menschen begegnen und
 1152 austauschen können. Doch insbesondere kleinere Gemeinschaften können sich stadtweit eigene

1153 Räume nicht mehr leisten. Deshalb verfolgen wir Bündnisgrüne weiterhin das Konzept der
1154 Gemeinwesenzentren, die zu unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Zwecken und
1155 auch gemeinsam genutzt werden können. Neben dem Erhalt von solchen offenen Orten wollen wir
1156 Räume wie diese als Teil der Quartiersentwicklung und sozialen Infrastrukturplanung
1157 verankern. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die meisten Gemeinschaften ihre (sozialen)
1158 Beratungsangebote nicht nur ihren eigenen Mitgliedern zur Verfügung stellen, sondern allen,
1159 die sie brauchen.

1160 Für uns ist klar: Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind eine Bereicherung für
1161 unsere Stadt. Gleichwohl gibt es einzelne Gruppen, die in Abhängigkeit von autokratischen
1162 Regimen stehen oder unsere Verfassung nicht vollumfänglich anerkennen. Damit ein
1163 bereichernder Dialog entstehen kann, dürfen Grundrechte nicht relativiert werden.

1164 4.11. Demokratische Teilhabe – Berlin gemeinsam 1165 gestalten

1166 Unser Berlin ist ein demokratisches Berlin und das werden wir mit aller Kraft erhalten. Der
1167 Blick nach Ungarn oder in die USA zeigt, dass die Feinde der Demokratie die Arbeitsfähigkeit
1168 von Parlamenten und Verfassungsgerichten untergraben und die demokratische Zivilgesellschaft
1169 bedrohen. Wir Bündnisgrüne stellen uns in Berlin allen Angriffen entschlossen entgegen. Wir
1170 möchten die Resilienz unserer Einrichtungen und die Zivilgesellschaft stärken. Denn
1171 gefestigte Institutionen und ehrenamtliches Engagement sind das Rückgrat unserer Demokratie.
1172 Und weil starke Demokratien vom Engagement vor Ort leben, wollen wir die Beteiligung in Land
1173 und Bezirken stärken, damit Berliner*innen noch stärker in Entscheidungen eingebunden sind:
1174 Repräsentative, direktdemokratische und dialogische Elemente gehören zusammen und ergänzen
1175 sich.

1176 Demokratiebildung und Zivilgesellschaft stärken

1177 Die schwarz-rote Koalition hat tragende Strukturen der Demokratieförderung ausgedünnt,
1178 während Desinformation, Hass und digitale Gewalt in unregulierten Räumen wuchern. Wir Grüne
1179 stehen an der Seite zivilgesellschaftlicher Strukturen, Vereine, Migrant*innenorganisationen
1180 und Initiativen, die vor Ort in den Kiezen und in der gesamten Stadt die Demokratie leben,
1181 schützen und wieder stärken. Wir führen ein Landesdemokratiefördergesetz ein und
1182 unterstützen und sichern ihr Engagement und ihre Arbeit damit nachhaltig. Die Landeszentrale
1183 für politische Bildung ist unverzichtbar, um Wissen über demokratische Strukturen und
1184 politische Bildung und Selbstwirksamkeit zu vermitteln. Wir verurteilen die Angriffe der CDU
1185 auf die Unabhängigkeit dieser Institution und werden ihren demokratischen Auftrag klar
1186 verankern und ihre Arbeit stärken. Auf Bundesebene werden wir uns weiter dafür einsetzen,
1187 dass politisches Engagement von Vereinen als gemeinnützig anerkannt bleibt bzw. als solches
1188 anerkannt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass Zivilgesellschaft auch europäisch und
1189 grenzübergreifend organisiert werden kann.

1190 Auch in den Jugendverbänden der demokratischen Parteien findet wichtige Demokratiebildung
1191 statt, die jungen Menschen die Parteiendemokratie nahe bringt. Nach dem Vorbild des Bundes
1192 und der meisten Bundesländer unterstützen wir die Einrichtung und Förderung eines Rings
1193 politischer Jugendorganisationen in Berlin.

1194 Beteiligung für alle ermöglichen

1195 Berliner*innen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit sind in Berlin in erheblichem Umfang
1196 von demokratischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Der Ausschluss von fast einer Million
1197 Menschen vom Wahlrecht führt zu einem strukturellen Demokratiedefizit.

1198
1199 Wir Bündnisgrüne setzen uns weiterhin sowohl im Land Berlin als auch im Bundesrat dafür ein,
1200 dass Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben, unabhängig von ihrer
1201 Staatsangehörigkeit an Volksbegehren und -abstimmungen, den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und
1202 zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) und perspektivisch auch zum Bundestag und zum
1203 Europäischen Parlament teilnehmen können. Für dieses Ziel werden wir unnachgiebig bei den
1204 anderen demokratischen Parteien werben.

1205 Wir werden die Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten in allen Berliner Bezirken
1206 sowie auf Landesebene ermöglichen und ihnen Rede- und Antragsrecht in den BVVen
1207 beziehungsweise dem Abgeordnetenhaus und deren Ausschüssen geben, damit Kinder und
1208 Jugendliche an der Gestaltung ihres Bezirks und ihrer Stadt mitwirken können.

1209
1210 Gerade die Vielfalt an Perspektiven, Lebensgeschichten und Erfahrungen birgt ein großes
1211 demokratisches und gesellschaftliches Potenzial, wenn politische Repräsentanz und Mitwirkung
1212 sichergestellt werden. Bei dieser Wahl wird jetzt schon Geschichte geschrieben: Erstmals
1213 dürfen auch 16-Jährige in Berlin mitwählen. Wir haben es geschafft, das Wahlalter zu senken!
1214 Politik trifft heute Entscheidungen, die vor allem Kinder und junge Menschen langfristig
1215 betreffen, daher ist es unerlässlich, dass sie mit über ihre Zukunft bestimmen dürfen. In
1216 einem nächsten Schritt setzen wir uns auf Landes- und Bezirksebene für eine Absenkung des
1217 Wahlalters auf 14 Jahre ein.

1218 Demokratie lebt durch Engagement und Widerstandsgeist. Wir wollen alle demokratischen
1219 Instrumente und den Einfluss der Zivilgesellschaft stärken und so deutlich machen, dass jede
1220 Stimme zählt. Die Instrumente Direkter Demokratie in Berlin haben sich in den vergangenen
1221 Jahren bewährt und wir werden sie weiterentwickeln und ausbauen. Dazu gehört insbesondere
1222 die Einführung eines fakultativen Referendums, mit dem die Bürger*innen ein Vetorecht
1223 erhalten, falls das Abgeordnetenhaus ein im Volksentscheid verabschiedetes Gesetz ändert.
1224 Bestehende Hürden und Schranken direktdemokratischer Instrumente werden wir kritisch prüfen
1225 und so weit wie möglich abbauen. Wir wollen zudem Bürger*innenentscheide auf Bezirksebene
1226 verbindlich machen, die Beteiligungsbüros in den Bezirken stärken, Bürger*innenhaushalte
1227 ermöglichen, die Leitlinien zur Beteiligung endlich vollständig umsetzen und eine*n
1228 Beauftragte*n einsetzen, um diese Prozesse zu begleiten und voranzutreiben. Mit dem
1229 Stadtvertrag „Beteiligung“ setzen wir auf echte, offene und im Ergebnis bindende
1230 Beteiligungsprozesse. Wir unterstützen Bürger*innenräte, in denen geloste Bürger*innen
1231 konkrete Themen im Kiez oder auf Landesebene auf Basis von Fachimpulsen und in moderierten
1232 Verfahren konkrete Handlungsempfehlungen und Impulse für die öffentliche Debatte und die
1233 parlamentarische Entscheidung erarbeiten.

1234 Resilienz demokratischer Institutionen stärken

1235 Gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen werden wir Resilienzmechanismen
1236 schaffen, um die Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit des Berliner Abgeordnetenhauses, des
1237 Berliner Verfassungsgerichtshofs und der Bezirksverordnetenversammlungen sicherzustellen.
1238 Verfassungsfeinde haben im Staatsdienst nichts verloren.

1239 Verbotsverfahren gegen die AfD anstrengen

1240 Der Aufstieg der AfD als parlamentarischer Arm des Rechtsextremismus in Deutschland ist die
1241 größte Gefahr für unsere Demokratie. Geflüchtete, Muslim*innen und Menschen mit
1242 Migrationsgeschichte werden zur Zielscheibe politischen Hasses gemacht, ihre Angst wächst.
1243 Rechtsextreme Straftaten befinden sich auf einem Allzeithoch, Angriffe auf
1244 Geflüchtetenunterkünfte sowie rassistisch, antisemitisch und queerfeindlich motivierte
1245 Straftaten und Hasskriminalität sind zur neuen Normalität geworden. Die Einstufung der AfD
1246 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistische Partei muss
1247 endlich Folgen haben. Wir werden alle Hebel in Bewegung setzen, damit das
1248 Bundesverfassungsgericht über ein Verbot der AfD entscheiden kann.

1249 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 4)

1250 Schutz vor Gewalt – Zwei neue Frauenhäuser für Berlin

1251 Mit dem Gewalthilfegesetz haben wir Bündnisgrüne in der Bundesregierung einen historischen
1252 Meilenstein zum Schutz von Betroffenen häuslicher Gewalt gesetzt. Die Bundesmittel zur
1253 Umsetzung des Gewalthilfegesetzes dürfen nicht für die allgemeine Haushaltsentlastung
1254 missbraucht werden, sondern müssen in zusätzliche Gewalthilfemaßnahmen investiert werden.
1255 Berlins Frauenhäuser sind überlastet. Zu oft müssen Frauen, die Schutz suchen, abgewiesen
1256 werden. Wir Bündnisgrüne wollen die Bundesmittel einsetzen, um unter anderem zwei neue
1257 Frauenhäuser für Berlin zu öffnen.

1258 Kultur stärken – gerecht, transparent und nachhaltig mit dem
1259 Kulturfördergesetz

1260 Wir Bündnisgrüne werden ein Kulturfördergesetz auf den Weg bringen, das die Berliner Kunst-
1261 und Kulturlandschaft langfristig absichert. So sorgen wir dafür, dass Kulturangebote bei
1262 allen ankommen! Dabei möchten wir in enger Zusammenarbeit mit der städtischen Kulturszene,
1263 ihren Verbänden und Akteur*innen auch neue Wege beschreiten, damit öffentliche
1264 Kulturförderung künftig gerechter, nachhaltiger und zukunftsfähiger wird: etwa durch eine
1265 Flexibilisierung und Vereinfachung des Zuwendungsrechts, die gezieltere Förderung einzelner
1266 Sparten und des künstlerischen Nachwuchses sowie durch mehr Interdisziplinarität und
1267 ressortübergreifende Zusammenarbeit – gerade mit der Kreativwirtschaft, der Kulturellen
1268 Bildung und der Urbanen Praxis. Auch die Kulturpolitik selbst muss kollaborativer und
1269 transparenter werden: durch den verstärkten Einsatz von unabhängigen Auswahlgremien – wie
1270 Fachjurs und Findungskommissionen – sowie durch transparente Ausschreibungsverfahren, vor
1271 allem bei der Besetzung von Spitzenpositionen großer Kulturinstitutionen.

1272 Zivilgesellschaft stärken, Demokratie schützen – ein
1273 Demokratiefördergesetz für Berlin

1274 Wir Grüne stehen an der Seite der zivilgesellschaftlichen Strukturen, Vereine und
1275 Initiativen, die vor Ort in den Kiezen und in der gesamten Stadt die Demokratie leben und
1276 schützen. Um sie zu stärken, führen wir ein Landesdemokratiefördergesetz ein und
1277 unterstützen und sichern ihr Engagement und ihre Arbeit damit nachhaltig. So schaffen wir
1278 eine bessere finanzielle Planbarkeit mit fairen Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft.
1279 Bei der Erarbeitung und Umsetzung des Gesetzes ist es unerlässlich, zivilgesellschaftliche

1280 Projekte und Initiativen aktiv einzubinden.

1281 Beteiligung soll über die Open-Source-Plattform mein.berlin.de zentralisiert, digitalisiert

1282 und durch bessere Nutzerführung, Gamification-Ansätze und transparente Projektbewertungen

1283 attraktiver werden. Hierfür soll außerdem eine freie Berlin-App entwickelt und verfügbar

1284 gemacht werden.